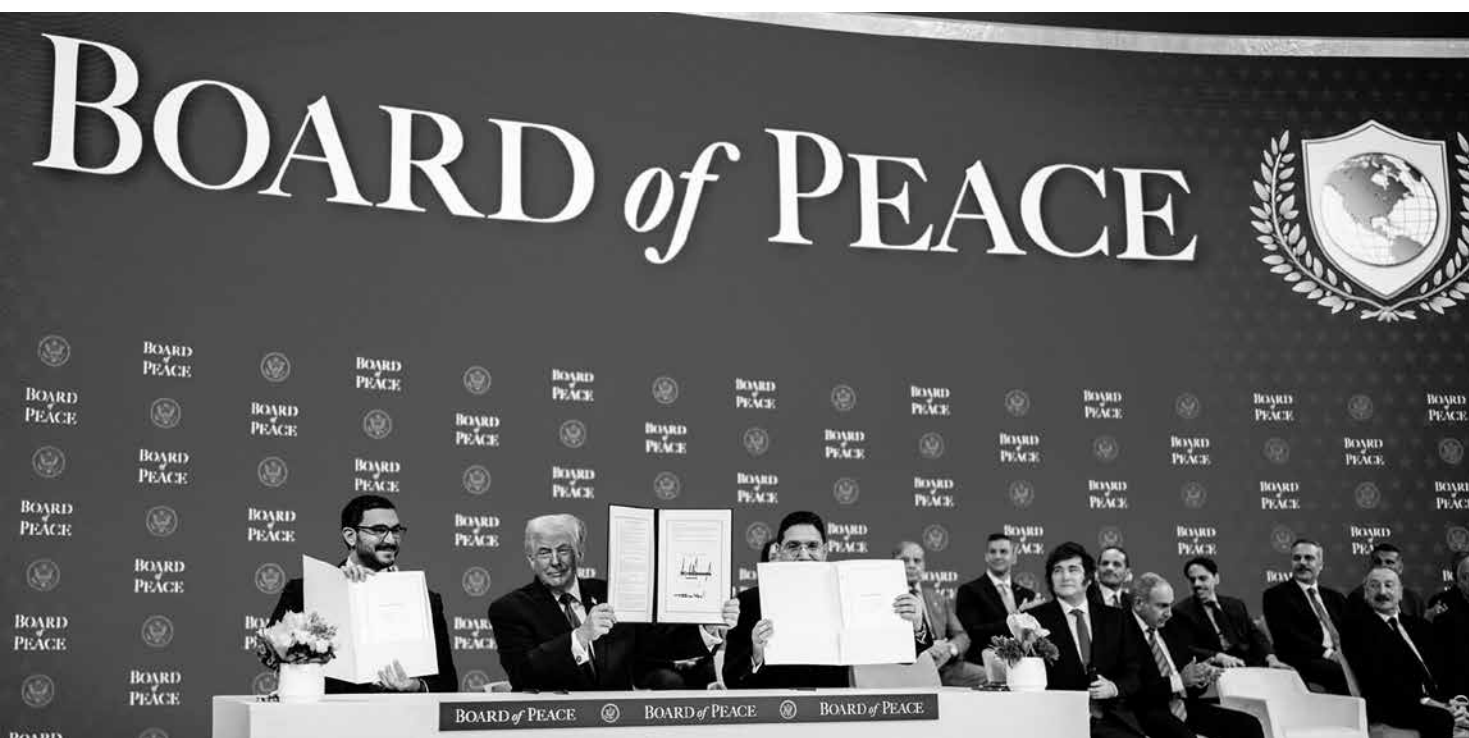


Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Was will Trump? Hat er eine Strategie?



Seit seiner erneuten Amtsübernahme vor etwas mehr als einem Jahr dominiert Trump mit seiner Politik in jeder Hinsicht das internationale Geschehen. Und er dominiert auf eine Art und Weise, die im Politikbetrieb ungewohnt und provokativ ist. Sein Verhalten übertrifft auch das, was man von ihm aus seiner ersten Amtszeit gewohnt war. Positionen und Prinzipien werden in Frage gestellt, die lange Zeit für die USA und und manchmal auch für die ganze „westliche Welt“ als sicher und unumstößlich gehalten wurden. Wer hätte z.B. vor einem Jahr ernsthaft daran gedacht, dass Grönland ein heißes Thema der Politik werden könnte?

Es gehört zur Methode Trump, im schnellen Wechsel immer wieder neue Fragen und Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Das jeweils aktuellste Thema zieht dann die Aufmerksamkeit auf sich und bestimmt die Schlagzeilen. Aber bereits nach

wenigen Wochen kann es den Focus schon wieder verlieren. Normalerweise passiert das aber nicht, weil eine Lösung oder eine dauerhafte Regelung gefunden wurde. Viel häufiger sind es andere Gründe, manchmal, weil Trump einen Rückzieher gemacht hat, manchmal auch, weil

er das Interesse an der Sache verloren hat oder einfach, weil ein neues Thema in den Vordergrund gerückt wird. Das alte Thema bezieht dann sozusagen eine Warteposition im Hintergrund.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Was will Trump? Hat er eine Strategie?	1
Anmerkungen zu Nahost	9
Die Rolle der syrischen Kurden im politischen „Prozess“ und der regionalen Neuordnung	11
Chile; Die deutliche Niederlage, Teil 1	19
Furchtlos, widerständig und solidarisch – Nachruf auf Rolf Becker	26
Rezension: Antisemitismus, reale Gefahr und staatliche Projektion	29
Impressum	2

In eigener Sache

Schon lange hat ein Jahr nicht mehr so schlimm angefangen wie 2026. In der ersten Woche hat Donald Trumps Amerika den venezolanischen Präsidenten Maduro und sein Frau gekidnappt und seine Kontrolle über das Land und sein Öl erklärt. Der US-Präsident hat Drohungen gegen Kolumbien und Mexiko ausgestoßen. Dass diese ernst zu nehmen sind, hat sich bereits gezeigt. Die Aggression gegen Kuba hat er nochmals enorm verstärkt; in einem staatsterroristischen Akt bombardierten die USA nun zusammen mit Israel Ziele im Iran. Sie wollen nach Angaben Trumps einen Regimechange herbeiführen. Das geschah während laufender Verhandlungen zwischen USA und Iran in Genf, die vom Außenminister des Oman positiv und als „kurz vor dem Abschluss“ bewertet wurden. Ist das die neue „Ordnung“?

Das über sechzigjährige Wirtschaftsembargo der USA hat dem Sozialismus in Kuba schwer geschadet; das nun verhängte Ölembargo könnte ihm den Todesstoß zu versetzen.

Trumps Grönlandgelüste haben die EU und NATO-Führungen in Aufregung versetzt. 45 Jahre nach dem Wegfall der Klammer des Realsozialismus, die den Westen zusammenhielt, fliegt den einstigen Verbündeten nun die globale kapitalistische Konkurrenz um die Ohren. Gern würden sich die einstigen Vasallen der USA von diesem Status freimachen – aber bei der immensen Überlegenheit der USA auf fast allen relevanten Gebieten ist das mit dem Lossagen so eine Sache.

Unter diesen Zeichen standen auch das WWF in Davos und die Sicherheitskonferenz in München. Da war man schon froh, dass Rubio wenigstens scheinbar verbal abgerüstet hatte. Was der EU bleibt, ist die „uneingeschränkte“ Solidarität mit der Ukraine, die die EU bis zum letzten Ukrainer aufrechterhalten möchte. Das bedeutet weitere Sanktionen gegen Russland und Aufrüstung, bis es quietscht.

Dieser Klotz war der EU von den USA ans Bein gebunden worden („Fuck the EU“. Victoria Newland), um sich einen potentiellen Konkurrenten vom Leib zu halten.

Unter diesen Vorzeichen standen in

Deutschland auch die Tarifrunden im öffentlichen Dienst der Länder. Das Ergebnis blieb trotz massiver Warnstreiks mager. Es reicht nach den von Reallohnverlust geprägten Jahren seit 2020 gerade noch aus, wieder das Niveau von 2019 zu erreichen.

Unter diesem Vorzeichen stehen auch die Angriffe aus dem Unions- und dem Arbeitgeberlager auf die Lohnabhängigen im Lande. Gegen sie wird massiv Stimmung gemacht. Fast jeden Tag wird eine neue Sau durchs Land getrieben. Da arbeiten die Deutschen mal zu wenig, mal feiern sie zu oft krank oder gehen lieber in Lifestyle-Teilzeit. Die Liste lässt sich leicht fortsetzen. Errungenschaften langer gewerkschaftlicher Kämpfe wie der Acht-Stunden-Tag oder gar das Streikrecht sollen geschleift werden. Die Prämisse ist: Das in Deutschland extrem ungerecht verteilte Vermögen der Reichen und Mächtigen soll geschont werden.

Diese Angriffe auf die Lohnabhängigen haben nun auch den DGB und seine Einzelgewerkschaften auf den Plan gerufen. So trommelt der DGB zurzeit mit dem Slogan „Gerechtigkeit statt Spaltung“ für eine „Sozialstaatskampagne“. Die Argumente und Forderungen sind durchaus richtig und unterstützenswert. Das Wichtigste fehlt bei dieser Kampagne allerdings: Die Gewerkschaften, einst ein wichtiger Teil der Friedensbewegung, schweigen bis auf einige wenige rühmliche Ausnahmen zu der alles entscheidenden Frage nach Frieden oder Kriegstüchtigkeit; also wieder das alte Thema „Kanonen statt Butter“. Wird dieser Zusammenhang nicht benannt, bleiben die gewerkschaftlichen Forderungen im luftleeren Raum hängen. Zur Erinnerung: Der Rüstungsetat ist mit knapp 50% der größte im deutschen Haushalt.

Doch nun zum Inhalt dieser Nummer. Im Kopfartikel versucht unser Autor, Licht in die trumpsche Regierungs-„logik“ zu bringen.

Im Schatten des Irankriegs sind Syrien und die kurdische Bewegung dort aus dem Blickfeld der westlichen Medien geraten. Deshalb drucken wir einen längeren Artikel aus der türkischen Zeitschrift „teori ve eylem“ nach.

Unser Südamerikaexperte hat sich mit den Wahlen in Chile auseinandergesetzt und analysiert die Hintergründe des Ergebnisses.

Im Dezember ist Rolf Becker verstor-

ben. Einen ausführlichen Nachruf hat Manfred Klingele verfasst.

Ein Genosse hat das letzte Buch von Georg Auernheimer „Zweierlei Antisemitismus“ rezensiert.

In den letzten beiden Ausgaben brachten wir eine Besprechung des Buches von Heiner Karuscheit zur Einschätzung des deutschen Kaiserreichs und damit auch der Novemberrevolution 1918 sowie eine kritische Reaktion darauf. Dazu haben uns noch einmal zwei Leserbriefe erreicht. Leider haben sie in dieser Ausgabe kein Platz gefunden, wir werden sie nachdrucken.

Beachtet bitte bei euren Überweisungen die neue Bankverbindung:
M. Derventli, GLS-Bank
IBAN: DE70 4306 0967 1353 5653 00
BIC: GENODEM1GLS

Unser Seminar in München findet heuer am 10. und 11. Mai statt. Anmeldungen werden gerne entgegengenommen

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Bankverbindung: M. Derventli, GLS-Bank
IBAN: DE70 4306 0967 1353 5653 00
BIC GENODEM1GLS

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Grönland als Beispiel

Ein typisches Beispiel ist Grönland. Bereits zu Beginn seiner zweiten Amtszeit hat Trump davon gesprochen. Er verkündete, die USA müssten die Kontrolle über den Panamakanal, Kanada und eben auch Grönland übernehmen, sie bräuchten diese Gebiete für ihre Sicherheit. Von manchen wurde diese Ankündigungen als Kuriosität eingestuft und nicht sonderlich ernst genommen. Über mehrere Monate war dann auch wenig dazu zu hören, bis Grönland im Januar 2026 plötzlich zu einem dringend zu klärenden Thema wurde, obwohl eigentlich kein aktueller oder neuer Grund dafür erkennbar war.

Trump hat es mehrfach bekräftigt: Die USA müssten Grönland unbedingt bekommen, Sonderzölle wurden angedroht für die Länder, die diese Absicht nicht unterstützen wollten. Große Aufregung in Dänemark, Europa und bei der NATO. Dann kam beim WEF in Davos die Wende. Es sollte jetzt ein Abkommen ausgehandelt werden, das bereits als großartig gefeiert wurde, bevor auch nur ein erster Entwurf vorlag. Selbstverständlich haben die dänische und grönländische Regierung und viele andere immer darauf hingewiesen, dass alle einschlägigen Fragen, seien sie militärisch oder den Abbau von Rohstoffen betreffend, in Verträgen geregelt werden könnten und zwischen NATO-Partnern auch so geregelt werden müssten.

Auch wenn es nach der Ankündigung in Davos in Europa ein allgemeines Aufatmen gab, dürfte doch auch allen klar sein: Eine gültige und stabile Regelung ist damit noch nicht erreicht. Trump kann zu jeder Zeit Grönland wieder auf die Tagesordnung setzen, möglicherweise verknüpft mit irgendwelchen anderen Fragen. Der Phantasie sind dabei kaum Grenzen gesetzt.

Die Causa Grönland oszillierte dabei zwischen einem maximalen Einschnitt, sogar ein militärischer Konflikt zwischen NATO-Staaten ist nicht ausgeschlossen, und einem „es ändert sich fast gar nichts“, der seit den 1950er Jahren bestehende Stationierungsvertrag mit den USA wird angepasst. Nach wie vor besteht eine große Unsicherheit darüber, wie ein mögliches Ergebnis letztlich zwischen

diesen beiden Extremen positioniert sein wird.

Ein mehr oder weniger gleiches Handlungsschema ist bei mindestens einem Dutzend von innenpolitisch (für die USA) und weltpolitisch wesentlichen Fragen zu beobachten. Hier eine kleine Liste von Themen, die die Schlagzeilen beherrscht haben:

- das Wirken von Elon Musk und die radikalen Kürzungen von DOGE,
- Drohungen gegen Universitäten,
- diverse Zollankündigungen,
- Druck auf den Chef der FED (Nationalbank) die Zinsen zu senken,
- Bombardierungen der Atomanlagen im Iran,
- der Friedensplan für den Gaza-Krieg,
- Militärschlag in Nigeria,
- der 28-Punkte Friedensplan für die Ukraine,
- der Einsatz der ICE-Behörde in Minneapolis,
- die Militäraktion in Venezuela und etliches mehr.

Die Liste ist eine etwas willkürliche Auswahl. Würde Vollständigkeit angestrebt, wäre sie viel länger. Und man weiß nie, ob nicht morgen oder übermorgen weitere Themen dazu kommen werden.

Die interne Entwicklung in den USA ist entscheidend

Das mit Abstand wichtigste Ziel für Trump und der MAGA-Bewegung ist der Erhalt und Ausbau der Macht in den USA. Das ist die Priorität. Alles andere ist dem nachgeordnet. Jeder weiß, das dafür entscheidende Politikfeld ist die Innenpolitik. Diese steht im Vordergrund, die anderen Politikbereiche müssen sich unterordnen. Auch alle außenpolitischen Aktionen dienen ganz wesentlich dazu, die Position Trumps im Inneren zu stärken, ihn in Umfragen besser abschneiden zu lassen, kurz, die Aussichten bei den nächsten Wahlen zu verbessern.

Diese grundlegende Einschätzung darf man nicht vergessen, wenn man sich die Frage stellt, was plant Trump, was will er eigentlich erreichen. Man sollte sich nicht allzu sehr von seiner provokanten Rhetorik beeinflussen lassen. Diese dient vor allem dazu, Aufmerksamkeit zu erregen. Es muss

auch nicht immer das zur Debatte stehende Thema als solches sein, das Trump wirklich interessiert. Es kann auch nur ein Mittel zum Zweck sein. Vielleicht geht es allein um die momentane Aufmerksamkeit oder um die Ablenkung von anderen Fragen. Dazu genügt es, irgendwelche, aber in jedem Fall spektakuläre, Inszenierungen zu veranstalten. Die Vorgehensweise ist nicht zufällig, sie hat Methode.

Nächstes Zwischen-Ziel: die Midterm-Wahlen

Im November dieses Jahres stehen Zwischenwahlen, die sogenannten Midterm-Wahlen, an. Gewählt werden alle Abgeordneten des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats. Der Präsident steht zwar nicht zur Wahl, aber in gewisser Weise seine bisherige Art, zu regieren. Im letzten Jahr hat Trump fast nur durch Erlasse (Executive Orders) regiert. Die meisten wichtigen Entscheidungen wurden am Kongress vorbei umgesetzt. Das ging aber nur, weil die Republikaner, die in beiden Kammern des Kongress die Mehrheit besitzen, sich still gehalten und dem Präsidenten weitgehend freie Hand gelassen haben. Verlieren sie auch nur in einer Kammer die Mehrheit, würde das den Demokraten eine viel wirksamere Kontrolle ermöglichen. Dem Präsidenten und der gesamten Exekutive könnten viel engere Grenzen gesetzt werden. Die Folge einer solchen Konstellation wäre wahrscheinlich ein heftiger Machtkampf zwischen Kongress und Präsident, eventuell bis hin zu einer offenen Verfassungskrise.

Trump wird so ziemlich alles versuchen, die Mehrheiten im Kongress zu erhalten. Alle seine Aktivitäten, auch die außenpolitischen, dienen vor allen dazu, auf das heimische Publikum einzuwirken. Sie sollen Erfolgsmeldungen generieren und Trump als einen großen Präsidenten, wenn nicht den größten aller Zeiten, erscheinen lassen. Immer neue Schlagzeilen sind auch notwendig, um von den unerledigt bleibenden Problemen, den nicht ganz so gut laufenden Vorhaben, und von allen sonstigen unangenehmen Fragen (wie z.B. im Fall Epstein) abzulenken. Das schnelle Aufeinanderfolgen

der einzelnen Themen und Aktionen folgt der Strategie von Steve Bannon: „flooding the zone with shit“. Sein Motto wird noch befolgt, auch wenn Bannon selbst keinen Posten mehr hat.

Die USA können sich aufgrund ihrer Macht und der gegebenen welt-politischen Situation vieles erlauben, auch Trump'sche Ungereimtheiten und Eskapaden. Die wenigsten Akteure haben die Mittel, ihnen entschlossen entgegenzutreten, die Zumutungen abzuwehren oder auch nur, die Hohlheit der verkündeten Erfolgsmeldungen offenzulegen. Trump nützt diese Möglichkeiten weidlich aus. Zumindest kurzfristig funktioniert das auch ziemlich oft. Ob es auch längerfristig funktionieren wird, ist allerdings eine andere Frage. Denn vieles bleibt unerledigt und viele seiner Aktionen erzeugen bei Betroffenen Unmut. Auf lange Sicht könnten das auch für die USA unangenehm werden. Die USA machen sich so keine Freunde.

Der Trump'sche Populismus ist auf die Akzeptanz bei den US-Amerikanern angewiesen. Dafür bedient man sich der nationalistischen Propaganda, greift demagogisch vorhandene Stimmungen auf, etwa gegen Migranten und gibt viele Versprechungen ab. Die Liste der Versprechungen ist lang und nicht frei von Widersprüchen. Zentral ist die ständige Ankündigung, das Leben der hart arbeitenden Bevölkerung werde sich durch das Wirken Trumps verbessern. Das beinhaltet stabile oder gar fallende Preise, gut bezahlte Jobs und eine prosperierende Wirtschaft bis hin zu einem angeblich bevorstehenden goldenen Zeitalter.

Das Problem für die MAGA-Leute ist: Sie können ihre Versprechungen nicht wirklich einhalten. Das gilt nicht nur für die offensichtlichen Übertreibungen, wie der Rede vom goldenen Zeitalter, sondern auch für etwas realistischer anmutenden Versprechungen, wie einigermaßen stabile Preise und viele neue, gut bezahlte Jobs.

Das zweite Problem ist: Das MAGA-Lager ist relativ heterogen zusammengesetzt, zu den Unterstützern gehören das Großkapital, diverse konservative und rechte Strömungen

genauso wie ein erheblicher Teil der Arbeiter. Die entsprechenden Interessen sind nicht einfach unter einen Hut zu bringen.

Die eingesetzten Maßnahmen wie Zollpolitik und Steuersenkungen für die Reichen sind diesbezüglich in sich widersprüchlich, was dem einem als Ziel dient, kann dem anderen im Wege stehen. Was dem Kapital nützt und von diesem gefordert wird, ist meistens nicht im Sinne des „einfachen Mannes“. Auch die Staatsverschuldung lässt sich ohne Friktionen nicht endlos ausdehnen. Diese Widersprüche lassen sich nicht verbergen und erzeugen immer neue Anlässe für Kritik und Unzufriedenheit. So gesehen steht Trump ständig unter Druck und eine Art auf diesen Druck zu reagieren, ist Aktivismus und das Springen von Thema zu Thema.



Das Projekt dauerhafte Machtsicherung

Kurzfristig ist für Trump und die MAGA-Bewegung das nächste Ziel ein erfolgreiches Abschneiden bei den Midterm-Wahlen. Aber selbstverständlich gehen die Ambitionen weit darüber hinaus. Angestrebt wird die dauerhafte Machtsicherung. Das wird bei der Lektüre des von der „Heritage Foundation“ vor den Wahlen 2024 ausgearbeiteten „Projekt 2025“ (<https://www.project2025.org>) deutlich. Es wird zwar nicht direkt und offen ausgesprochen, aber das ganze Projekt läuft auf eine dauerhafte Veränderung der Verhältnisse in den USA hinaus. Schritt für Schritt werden die einzelnen Ministerien

und Behörden durchgegangen und detailliert erörtert, wo Konservative, das ist im „Projekt 2025“ die Selbstbezeichnung, entscheidende Stellen besetzen müssen, um die gewünschte Richtung des Handelns zu gewährleisten. Eine große Rolle spielt bei diesen Planungen die Möglichkeit, aus Sicht von MAGA ist es eine Gefahr, dass die Trägheit oder gar eine Eigenständigkeit der Bürokratie die gewünschte Politik verwässern oder verfälschen könnte. Das scheint in MAGA-Kreisen ein Trauma zu sein, das aus Erfahrungen der ersten Amtszeit gespeist wird. Zukünftig gilt es, ähnliches unbedingt und möglichst dauerhaft zu verhindern.

Offen ist zur Zeit noch, mit welchen Mitteln das Ziel dauerhafte Machtsicherung angestrebt wird. Wird man sich auch in Zukunft damit begnügen, Wahlen zu gewinnen und dann den damit gewonnen Spielraum auszunutzen? Sind andere Mittel ausgeschlossen, weil sie gegen die Verfassung verstoßen würden oder weil sie illegal wären? Vorerst scheint man auf den legalen Weg zu setzen. Das bedeutet auch, dass die Midterm-Wahlen wie vorgesehen im November stattfinden werden.

Aber man sollte keinerlei Illusionen haben. Trump und die MAGA-Bewegung werden die Mittel einsetzen, die ihren Zielen dienlich sind. Wirklich ausgeschlossen ist nichts und Verfassungstreue ist nicht garantiert. Aber was heißt aus MAGA-Sicht Verfassungstreue? Sie machen Amerika wieder groß, sie stärken seine Macht, sie sind Patrioten. Die eigenen Interessen und Ziele werden zum Patriotismus erklärt. Und die Verfassung schützt Patriotismus und alle Patrioten. Deshalb können echte, aufrechte Patrioten, als die sie sich sehen, eigentlich gar nicht gegen die Verfassung verstoßen. Aus ihrer Sicht legitimiert ihr beanspruchter und lauthals propagierter Patriotismus letztlich alles. Diese Haltung wird z.B. deutlich beim Kommentar zur jüngsten Entscheidung des obersten Gericht in der Zollfrage. Für Trump ist das Urteil eine Schande. Die Schande besteht aber nicht darin, dass er die präsidialen Kompetenzen überschritten hat, sondern dass das Gericht sich erdreistet, zu widersprechen und ihn,

den Patrioten, bei seiner Arbeit an der Größe Amerikas zu behindern.

Die bisherige Respektierung der Verfassungsregeln könnte aus taktischen Gründen erfolgt sein. Vermutlich ist beabsichtigt, die eigene Machtergreifung nur Schritt für Schritt und ohne großen Bruch voranzutreiben. Die in der Verfassung angelegten Spielräume werden maximal ausgeschöpft, wie es etwa mit der extremen Ausdehnung der präsidentialen Vollmachten geschehen ist. Denn auch MAGA weiß, zu gravierende und zu offensichtliche Verstöße sind ein Risiko. Sie könnten größeren Widerstand erzeugen (wie das Vorgehen von ICE gezeigt hat). Noch ist die MAGA-Vorherrschaft nicht ausreichend gesichert. Ein gewisses Maß an Vorsicht erscheint ihr deshalb angebracht. Die MAGA-Bewegung verfügt zwar über eine Basis, die in jeder Beziehung zuverlässig hinter der Bewegung steht und Trump in allem unterstützt, was immer er tut. Aber diese Beschreibung gilt bei weitem nicht für die gesamte Wählerschaft, die für Trump bzw. die Republikaner gestimmt hat. Und bekanntlich ist die bei den letzten Wahlen erzielte Mehrheit ziemlich knapp. Sogar bei republikanischen Abgeordneten ist noch mit (aus MAGA-Sicht) unzuverlässigen Elementen zu rechnen. Die Demokraten sind zweifellos geschwächt, momentan führerlos und erscheinen wie gelähmt, aber sie sind noch nicht (endgültig) besiegt. Im obersten Gericht wurde zwar eine klar konservative, rechte Mehrheit etabliert, aber auch diese besteht nicht nur aus bedingungslosen MAGA-Anhängern, die alles ohne jeden Widerspruch mittragen und absegnen. Das hat der jüngste Entscheid

zur Zollfrage gezeigt. Und nicht zuletzt ist vielleicht in den Machtorganen noch nicht ausreichend dafür gesorgt, dass sie jederzeit und problemlos für alle denkbaren Ziele (z.B. einen Einsatz des Militärs im Inneren) eingesetzt werden könnten.



Gleichzeitig werden immer wieder Versuche gestartet, die Macht und die Möglichkeiten der Exekutive weiter auszudehnen. Das Vorgehen der ICE-Behörde dient nicht ausschließlich dem Aufspüren von echt oder angeblich illegalen Migranten. Unverkennbar ist damit auch ein Instrument geschaffen worden, um zusätzlich Eingreifmöglichkeiten zu haben, um Einschüchterung auszuüben etc.

In US-Oppositionskreisen werden verschiedene Szenarien diskutiert, mit denen in Zukunft zu rechnen sein könnte. Eines besteht z.B. darin, bei Wahlen in demokratischen Hochburgen Wähler durch den Einsatz von ICE einzuschüchtern und sie vom Wählen abzuhalten.

Eine alte, um nicht zu sagen traditionelle, Methode ist die gezielte Manipulation beim Zuschneiden der Wahlkreise (das sogenannte Gerrymandering). In Texas erhofft man sich davon fünf zusätzliche Sitze für die Republikaner. (Allerdings will Kalifornien das wieder ausgleichen.)

Kürzlich gab es auch Vorstöße, die Legende vom Wahlbetrug 2020 aufzuwärmen. In Georgia wurden in einer spektakulären FBI Aktion die (bereits nachgezählten) Wahlurnen aus einem von den Demokraten gewonnen Wahlkreis beschlagnahmt, angeblich, um Hinweisen auf Wahlbetrug nachzugehen. Gleichzeitig gab es dazu von Trump Verlautbarungen, der ganze Wahlprozess müsste neu organisiert werden, eigentlich müssten die Wahlen von Bundesbehörden durchgeführt werden, da einige Einzelstaaten dazu zu korrupt wären.

Das sind nur einige Beispiele, von denen nicht klar ist, ob und wie entschlossen sie weiterverfolgt werden. Es sollte aber niemand überraschen, wenn solche oder ähnliche Versuche auch wirklich zur Anwendung kämen. Die Midterm-Wahlen würden dann zwar stattfinden, aber unter zweifelhaften Bedingungen. Auch die Wahlen selbst könnten damit der Auslöser einer offenen Verfassungskrise werden.

Vermutlich ist zum jetzigen Zeitpunkt die zukünftige Vorgehensweise noch nicht entschieden. Welche Mittel wann und warum zum Einsatz kommen werden, ist noch offen. Aber es wäre naiv, anzunehmen, Trump und MAGA würden es einfach so hinnehmen, dass ihnen die Macht wieder entgleitet. Solange sie eine realistische Möglichkeit sehen, das zu verhindern, werden sie es auch

Anmerkungen zu Venezuela

Das militärische Eingreifen in Venezuela kam nicht überraschend. Im Vorfeld erhoben die USA heftige Anschuldigungen, Venezuela sei ein Hauptdrogenlieferant und dies wäre eine terroristische Gefährdung für die USA. Diese Anschuldigungen waren von Anfang an unglaublich und offensichtlich vorgeschoben. Dann folgten erste Militäraktionen mit dem Versenken von echten oder angeblichen Drogenbooten in der Karibik

und im Westpazifik. Das US-Militär griff mehr als ein Dutzend Boote mit Raketen an und tötete dabei mindestens 110 Menschen. Es folgte ein Aufmarsch einer beträchtlichen Armada mit Flugzeugträger und sonstigen Schiffen. Der nächste Schritt war dann die Kaperung von Öltankern, um den Abtransport von Öl aus Venezuela zu verhindern.

Gleichzeitig scheint es Kontakte zwischen den USA und Venezuela

gegeben zu haben. Mit großer Wahrscheinlichkeit gab es auch ein Telefongespräch zwischen Trump und Maduro. Über dessen Inhalt, über eventuelle Angebote, Forderungen usw. gibt es aber keine zuverlässigen Informationen. Was auch immer da zur Diskussion stand, es wurde keine Einigung erzielt.

Am dritten Januar schlug das US-Militär zu, der Präsident Venezuelas, Nicolas Maduro, und seine Ehefrau wurden gekidnappt und in die USA verschleppt. Bei dieser Militäraktion

versuchen. Bekanntlich gab es einen ersten solchen Versuch bereits am 6. Januar 2021. Ein zweiter Versuch könnte besser geplant sein, das ist zu befürchten.

Persönlicher Stil oder Strategie

Unter Trump hat sich die US-Politik erheblich geändert. Trump spricht und handelt anders als seine Vorgänger im Präsidentenamt, auch anders als die republikanischen Vorgänger.

Ein Teil dieser Andersartigkeit ist der einzigartige Politikstil, der eng mit der Person und den persönlichen Eigenheiten Trumps verbunden ist. Trump setzt sich mit seiner Rede-weise und seinem Auftreten von der Mehrheit der Politiker ab. Für ihn ist das ein Weg, seine Verbundenheit mit dem „Mann auf der Straße“, „dem einfachen Volk“ zum Ausdruck zu bringen, egal ob er sich instinktiv oder bewusst kalkuliert so verhält. Und er hat damit Erfolg, zumindest bei einem großen Teil der Bevölkerung und der Wähler. In anderen Ländern mit anderer politischer Kultur funktioniert das weniger gut. Hier wirkt sein Auftreten oft übertrieben, manchmal schon fast lächerlich.

Trump wird sehr vieles zugetraut und er gilt deswegen als unberechenbar. Dadurch wirken seine Drohungen bedrohlicher, sein Handeln ist um schwerer einzuschätzen. Trump gefällt sich darin, als berechenbar unberechenbar zu gelten. Allerdings sind solchen Verhaltensweisen auch Grenzen gesetzt. Sie verhindern Stabilität und Vertrauen und provozieren Abwehr.

Ohne Zweifel ist Trump jemand, bei dem Instinkt und Bauchgefühl im Vordergrund stehen. Damit ist er in gewisser Weise das Gegenteil eines strategisch denkenden und langfristig planenden Politikers. Aber es

gibt durchaus eine Strategie und es existieren Pläne. Diese wurden z.B. im Vorfeld der Wahl 2024 im schon erwähnten „Projekt 2025“ erarbeitet. Im Dezember 2025 wurde die neue nationale Sicherheitsstrategie veröffentlicht, die Einblick in grundsätzliche Einschätzungen in diesen zentralen Politikbereich bietet (<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>). Auch Veröffentlichungen von Beratern wie dem Ökonomen Stephen Miran, in denen einige der später von Trump umgesetzten Ideen entwickelt wurden, kann man als strategische Aussagen werten (https://www.hudsonbaycapital.com/documents/FG/hudsonbay/research/638199_A_Users_Guide_to_Restructuring_the_Global_Trading_System.pdf).

Anhand der Zollfrage lässt sich der Zusammenhang von Strategie und Trumps konkreter Politik beispielhaft aufzeigen. Die Rolle, die Zölle für die wirtschaftlichen Ziele spielen sollten, wird von Beratern einigermaßen systematisch dargestellt. Die konkrete Umsetzung der Zollpolitik war/ist die Domäne von Trump selbst. Mit seinem sehr persönlichen Stil, inklusive allen Übertreibungen und Zuspitzungen, bestimmte er den konkreten Ablauf der Verhandlungen mit dem Wechselspiel von Drohungen und möglichen Deals. Dazu nur ein Beispiel: Es gab keine sachlichen Gründe, die Schweiz (vorübergehend) mit einem Zoll von 39% zu belegen. Das lässt sich nur durch den Unmut Trumps (angeblich über eine schweizerische Ministerin) erklären, oder vielleicht noch mit Verhandlungstaktik (es musste ein Exempel statuiert werden, damit seine Drohungen ernst genommen werden).

Nach seinen rhetorischen Ausflügen und Eskapaden kehrt Trump

aber immer wieder auf die Linie der Strategie zurück, wenn es sein muss, auch durch einen Rückzieher. Die Richtung wird eingehalten, trotz der ständigen Abweichungen. Und wie oben festgestellt, werden auch die Abweichungen, die Unberechenbarkeit und andere Stilelemente bewusst eingesetzt. Die Rolle der Berater ist es, die Strategie auszuarbeiten und zu begründen. Die Aufgabe von Trump ist es, die daraus folgende Politik nach außen zu verkaufen und durchzusetzen. Er genießt dabei erheblichen Gestaltungsspielraum. Solange er damit im Prinzip erfolgreich ist, muss er auch nicht mit Kritik oder Widerstand aus der MAGA-Bewegung rechnen.

Ein Ausdruck der veränderten strategischen Ausrichtung sind die neuen Positionierungen in einigen wichtigen Politikfeldern, die die USA inzwischen eingenommen haben. Die wichtigsten Punkte sind:

Zölle/Freihandel

Trump und MAGA haben sich von den Grundsätzen des Freihandels verabschiedet. Jahrzehntlang haben die USA und der gesamte „Westen“ gemäß der neoliberalen Ideologie die WTO unterstützt mit dem Ziel, nach und nach einen vollständigen Abbau aller Zölle zu erreichen. Durch seine Zollpolitik hat Trump diese Strategie abrupt aufgekündigt und de facto mit den USA die größte Volkswirtschaft aus dem Regelwerk der WTO herausgelöst.

Gegen EU

Statt der traditionellen wohlwollenden Haltung nimmt die US-Regierung jetzt gegenüber der EU

gab es auf venezolanischer Seite etwa 100 Tote, davon 32 Kubaner.

Bis dahin verlief alles so, wie es von der USA zu erwarten bzw. zu befürchten war. Der weitere Verlauf war dann etwas überraschend.

Nach der Entführung Maduros wurde die Vizepräsidentin Delcy Rodríguez gemäß der Verfassung zur Präsidentin vereidigt. Dies geschah anscheinend mit der stillschweigen-

den Zustimmung der USA. Rodríguez ist offensichtlich zu einer Kooperation mit den USA bereit, insbesondere was den Ölsektor betrifft. Gleichzeitig fordert sie aber (nur nach Außen?) die Freilassung Maduros, dieser sei der eigentliche legitime Präsident Venezuelas. Die rechte Oppositionspolitikerin Maria Corina Machado, die die Intervention gutgeheißen und sich maximal angebedert hatte, fand,

zumindest vorerst, kein Gehör bei Trump. Wie sich die Lage längerfristig weiterentwickeln wird, ist völlig unklar. Es gibt sehr viele Fragezeichen.

In Umfeld der Ereignisse in Venezuela hat Trump heftig gegen den kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro ausgeteilt. Er hat ihn beleidigt und mit militärischen Maßnahmen gedroht. Danach folgte eine gewisse Entspannung. Im Februar war Petro

eine ablehnende, fast schon feindselige Haltung ein.

Gegen multinationale Organisationen

Neben der EU werden auch viele andere multinationalen Organisationen abgelehnt. Trump ist ein großer Kritiker der UNO und noch mehr von deren Unterorganisationen. Die USA wollen aus 66 dieser Organisationen austreten.

Gegen jede Ökologie- und Klimapolitik

MAGA verwirft alles, was auf eine klimaschützende und ökologisch ausgerichtete Transformation hinauslaufen könnte. Die Trump'sche Politik besteht geradezu in einer militanten Absage an alles, was als „New Green Deal“ bezeichnet worden ist. Angesagt ist die Forcierung der fossilen Energieerzeugung.

Gegen jede „woke“, progressive Gesellschaftspolitik

Der Kampf gegen alles, was „woke“ ist oder sein könnte, ist ein Kernpunkt von MAGA.

Unterstützung des Rechtspopulismus in anderen Ländern

MAGA wünscht sich auch in Europa eine „anti-woke“ und „pro fossil“ Politik und warnt vor der „zerstörerischen“ Migration. Das ist offizielle Politik (siehe die neue Sicherheitsstrategie). Viktor Orban verkörpert eine solche Politik und ist deshalb ein gern gesehener Gast im Weißen Haus. An Deutschland wird besonders die

Ausgrenzung der AfD kritisiert und die angebliche Einschränkung der Redefreiheit.

NATO

Hatte die NATO früher für die USA höchste außenpolitische Priorität, wird ihre Bedeutung heute erheblich relativiert. Aus Sicht der USA wird ihre eigene militärische Macht durch das Vorhandensein der NATO kaum zusätzlich gesteigert. Dort wo die primären Interessen liegen, die eventuell auch militärisch durchgesetzt werden könnten, sei es im Indo-Pazifik (gegen China), im Nahen Osten oder in der Karibik, kann die NATO praktisch nichts beitragen. Die Schlussfolgerung daraus lautet: Um Europa sollten sich die europäischen Länder selbst kümmern, insbesondere dann, wenn ureigene US-amerikanische Interessen nicht tangiert sind. Der Krieg in der Ukraine und der daraus folgende Konflikt mit Russland wird von der Trump-Administration anscheinend nicht mehr zu den US-amerikanischen Kerninteressen gerechnet.

Die europäischen NATO-Partner werden nicht als Partner auf Augenhöhe gesehen. Es wird auch nicht mehr versucht, im öffentlichen Umgang einen entsprechenden Schein aufrechtzuerhalten. Die Erwartung der Gefolgschaft und der bedingungslosen Anerkennung der Führungsrolle der USA wird klar geäußert (siehe Rede von Rubio auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die Botschaft war zwar höflich, aber doch auch eindeutig).

Es ist aber keineswegs zu erwarten, dass die USA die NATO ak-

tiv beenden werden. Das Bündnis und den damit verbundenen Einfluss auf die anderen Länder und Regionen wollen und werden sie nicht aufgeben. Europa hat nicht mehr die höchste Priorität, wird aber nach wie vor zur eigenen Einflusszone gerechnet. Es wäre unrealistisch anzunehmen, dass die USA daran nicht mehr interessiert wären.

Folgen für Europa

Die europäischen Regierungen sind von diesem Politikwechsel direkt betroffen, vielleicht sogar in einer besonderen Weise. Denn als NATO-Mitglieder und treue Verbündete waren sie bis zu einem gewissen Grade eine Art Vorzugsbehandlung durch die USA gewöhnt. Nun erleben sie diesbezüglich eine drastische Veränderung. Die Priorität Europas wird herabgestuft, der Hegemon ist nicht mehr höflich, sondern manchmal unverschämte und stellt seine Anforderung ziemlich ruppig oder gar erpresserisch.

In der hiesigen Diskussion wird häufig die Abwendung der USA von einer auf Völkerrecht und Regeln basierten Weltordnung beklagt. Vorsichtige formulieren das als Frage, ob denn die USA unter Trump sich von dieser verabschieden wollten, andere gehen von einer gegebenen Tatsache aus.

Das trifft aber nicht den Kern der Sache. Die Rede von der Einhaltung des Völkerrechts war schon immer ein Märchen. Die Zahl der Völkerrechtsverstöße der USA, aber nicht nur der USA, ist Legion, auch in der Vor-Trump Zeit. Das Völkerrecht wurde jeweils nur dann bemüht, wenn es die eigene Position, die eigenen Ziele unterstützte und den Gegner ins Unrecht setzte.

Gast im Weißen Haus und zwischen den beiden Ländern wurde eine Zusammenarbeit vereinbart, auch wenn die Details der Kooperation weiter unklar sind.

Für Kuba dagegen könnten die schlimmsten Erwartungen Realität werden. Es droht die Abschnürung von der Ölzufuhr. Das würde eine extreme Verschärfung der bestehenden schweren Wirtschaftskrise bedeuten.¹

Mit der höchst widersprüchlichen Lage, die in Venezuela entstanden ist, scheint Trump keine Probleme zu haben. Für ihn ist ausschlaggebend:

Die Intervention hat militärtechnisch perfekt funktioniert (keine US Verluste). Es ist nichts geschehen, was einen Migrationsdruck aus Venezuela erzeugt hätte.

Die Aktion hat vor aller Welt die Überlegenheit der USA demonstriert.

Weder Russland noch China konnten irgendwelchen Einfluss nehmen.

Die USA kontrollieren jetzt das Ölgeschäft Venezuelas mit all den Optionen, die damit verbunden sind.

Das alles ist aus Trumps Sicht ein großartiger Erfolg, dessen er sich rühmen kann. Was er auch ausgiebig tut. ■

1—Emma Bubola, *Venezuelans Decry Civilian Casualties*. nytimes.com, 8.1.2026

Wenn neben dem Völkerrecht auch noch auf Regeln verwiesen wird, stellt sich die Frage, welche Regeln denn damit gemeint wären. Aber immerhin kommt man damit der Sache etwas näher. Denn für die Vergangenheit (grob seit Weltkrieg II), lässt sich folgendes feststellen: Zwischen den USA und den anderen entwickelten kapitalistischen Industrieländern gab es viele Gemeinsamkeiten bei den Interessen, der internationalen Ausrichtung und der verfolgten Politik. Diese Gemeinsamkeiten definieren genau das, was man den „Westen“, die „freiheitliche Welt“ oder wie auch immer die Floskeln lauten, genannt hat. Zugrunde lag diesen Gemeinsamkeiten das kapitalistische System, der Antikommunismus und die Frontstellung gegen die Sowjetunion. Aus marxistischer Sicht ist das, was üblicherweise der „Westen“ genannt wird, gleichzusetzen mit den kapitalistischen und imperialistischen Zentren. Das Verhältnis der Zentren zur Peripherie zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Zentren den Einflussbereich ihrer eigenen Regeln immer weiter ausdehnen und diese allen anderen auferlegen, unter Umständen auch mit militärischer Gewalt. Nur in diesen Sinne konnte und kann man von einer regelbasierten Weltordnung sprechen.

Die Verständigung auf einen Konsens innerhalb der kapitalistischen Zentren war selbstverständlich nie vollkommen. Differenzen hat es immer gegeben. Aber der Konsens war normalerweise ausreichend gut, um bei vielen weltpolitischen Themen eine gemeinsame Position finden zu können, wie sie etwa in Erklärungen der G7-Staaten zum Ausdruck kamen. Klar ist auch, der Konsens war oft nur ein Sonntagsreden-Konsens, insbesondere, wenn man sich in Erklärungen zu hehren Zielen bekannte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz und eben auch dem Völkerrecht. Die praktische Politik passte nur bedingt zu diesen erklärten Prinzipien.

Durch Trump und MAGA ist insofern eine wesentliche Änderung eingetreten, weil diese sich, wie oben beschrieben, in einigen wichtigen Punkten vom früher vorhandenen Konsens entfernt haben. Der

westliche Konsens ist damit nicht vollkommen verschwunden, aber die Gemeinsamkeiten der Imperialisten sind deutlich kleiner geworden. Imperialistische Unterzentren wie etwa europäische Länder oder die EU müssen sich damit auseinandersetzen, wie sie auf die geänderte Lage reagieren wollen.

Ausblick

Zur Zeit wird die hiesige öffentliche Diskussion von der Frage beherrscht, was Trump für das westliche Bündnissystem bedeutet. Die Medien sind voll von Beiträgen, die Fragen diskutieren wie etwa, ob dem Bündnispartner USA noch zu vertrauen ist, was die Antwort Europas auf Trump sein könnte/müsste, wie weit Unabhängigkeit von den USA sinnvoll und möglich ist, wie eine solche zu erreichen wäre etc.

Dagegen wird meistens ausgeblendet, dass die zukünftige grundsätzliche Orientierung vieler europäischer Länder innerhalb und außerhalb der EU ebenfalls offen ist. In allen Ländern gibt es rechte Parteien, die mehr oder weniger ähnliche Inhalte wie MAGA vertreten. Die Situation ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich, aber ob es das Rassemblement National von Le Pen in Frankreich ist, oder Reform UK von Farage in Großbritannien oder die AfD in Deutschland; es gibt überall Parteien, die laut aktuellen Umfragen viele Wähler erreichen und für die eine zukünftige Regierungseteiligung nicht generell ausgeschlossen werden kann. In den Regierungen einiger EU-Länder sind solche Kräfte, wie etwa Meloni und Salvini in Italien oder Orban in Ungarn, bereits jetzt maßgeblich vertreten.

Bekanntlich versucht MAGA, auf diese Parteien Einfluss zu nehmen, unterstützt ihren Aufstieg und hofft, mit ihnen gleichgesinnte Bündnispartner zu bekommen. Gewiss es ist nicht klar, ob Trump diesen Kräften mit seiner Politik wirklich nützt oder vielleicht doch eher schadet. Außerdem ist offen, ob diese Parteien über nationale Grenzen hinweg gut zusammenarbeiten können. Ihnen könnte ihr Nationalismus bei der internationalen Zusammenarbeit im Wege stehen. Wie sich die europäischen rechtspopulistischen Parteien

im Falle einer Regierungsbeteiligung positionieren werden, ist vermutlich noch nicht entschieden. Bei Meloni in Italien ist deutlich zu sehen, dass ein Spagat versucht wird, der Handlungsfähigkeit nach allen Seiten offen halten soll.

Selbstverständlich wird die Entwicklung auch von den Besitzern und Vertretern des Kapitals registriert. Auch sie müssen sich mit der Lage auseinandersetzen und gegebenenfalls ihre Einschätzungen und ihr Handeln anpassen. Die potentiellen Konsequenzen treffen ganz unmittelbar ihre Geschäftstätigkeit und ihr ökonomisches Handeln, eventuell aber auch die politische Richtung, die sie zukünftig unterstützen wollen.

Es stehen grundsätzliche Entscheidungen an. Auf was will man setzen, mehr Unabhängigkeit von den USA oder ein besonders enges Bündnis, was Gefolgschaft ohne nennenswerten Einfluss auf den Kurs bedeuten würde. Soll/kann die EU zu einem selbstständigen Machtfaktor in der Weltpolitik werden, der vielleicht in lockerer Kooperation mit den USA, aber ohne Abhängigkeit agiert. Oder ist das unrealistisch, weil die EU wegen ihrer inneren Struktur und der Ungleichheit ihrer Mitglieder nie zu der dazu notwendigen Einheitlichkeit in ihrer Politik finden wird. Was wären sonstige denkbare Alternativen?

Diese Fragen stellen sich ökonomisch und politisch. Es gilt, die Profitmöglichkeiten und die Risiken zu bedenken. Vermutlich sind zum jetzigen Zeitpunkt solche Überlegungen auch innerhalb der herrschenden Klasse noch keineswegs abgeschlossen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Dabei könnten sich auch neue Konstellationen herausbilden. Etwa eine viel stärkere Differenzierung von unterschiedlichen Kapitalgruppen (großes/kleines Kapital, internationales/lokales Kapital oder auch nach anderen Kriterien definiert). Deren spezielle Interessen könnten deutlicher von einem allgemeinen Kapitalinteresse abweichen, als es bisher der Fall war.

02.02.26

Weltpolitik als Show: Anmerkungen zu Nahost

Die Konflikte in Nahost mit dem Kern Israel/Palästina sind Probleme, die schon lange vor der Präsidentschaft Trumps existiert haben. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs waren alle Präsidenten vor ihm damit befasst und vermutlich werden es auch

noch die nachfolgenden Präsidenten sein.

In dieser Hinsicht besteht keinerlei Ähnlichkeit mit dem Fall Grönland, der sozusagen ein Geschöpf Trumps ist. Trotzdem sind auch beim Thema Nahost/Israel/Gaza-Krieg die

Muster der Trump'schen Politik erkennbar. Das soll in diesen Anmerkungen aufgezeigt werden. Es geht nicht um eine generelle Einschätzung dieses Konflikts mit allen seinen Facetten.

Trump rühmt sich, den Gaza Krieg beendet und Frieden gebracht zu haben. Das ist eine für Trump typische Übertreibung. Zur Zeit gibt es nur einen Waffenstillstand. Im Verlauf des Krieges (seit 7.10.2023) ist das auch nicht der erste. Bereits im November 2023 gab es eine 8 tägige Waffenruhe, in deren Verlauf 105 Geiseln von der Hamas freigelassen wurden (und im Gegenzug 240 Palästinenser aus israelischen Gefängnissen). Ab Mai 2024 fanden dann wieder Verhandlungen über einen Waffenstillstand statt. Aber die Verhandlungen zogen sich hin und kamen lange nicht zu einem Ergebnis. Erst für den 19. Januar 2025 kam eine Vereinbarung zustande (bereits mit der Beteiligung von Abgesandten des gewählten, aber noch nicht amtierenden Präsidenten Trump). Insgesamt 25 lebende Geiseln kamen frei (8 wurden tot übergeben) und etwas über 1900 Gefangene wurden aus israelischen Gefängnissen entlassen. Gleichzeitig gab es Teilrückzüge der israelischen Armee (IDF) und Verbesserungen für die Versorgung der Bevölkerung.

Während dieser Waffenruhe überraschte Trump im Februar die Öffentlichkeit mit dem Plan einer „Riviera in Gaza“. Trump sprach davon, den Gaza-Streifen zu übernehmen und das Projekt unter US-Regie durchzuführen. Die Palästinenser sollten, angeblich vorübergehend, nach Ägypten, Jordanien oder anderen arabischen Ländern übersiedeln. Anscheinend konnte die strikte Weigerung aller arabischer Staaten, in diesem Zusammenhang Palästinenser aufzunehmen und die weltweite generelle Ablehnung dieses Projekts ihn doch noch überzeugen, dass der Plan kein gangbarer Weg ist; auch

nicht geeignet, die Interessen der USA zu befördern.

Über die ursprünglich geplanten Phasen II und III des Waffenstillstand von 19. Januar konnte keine Einigung mehr erzielt werden, hauptsächlich wegen der harten Verhandlungsposition Israels, das seinen Krieg gegen die Hamas (noch) nicht beenden wollte. Diese Position wurde von der Trump-Administration unterstützt. Am 9. März stoppte Israel die Einfuhr von Hilfsgütern (inklusive Strom) nach Gaza und am 18. März 2025 begann Israel wieder mit schweren Luftangriffen auf den Gazastreifen. Die IDF rückte wieder vor und nahm immer größere Teile des Gazastreifens unter ihre Kontrolle.

In diese Zeit der intensiven Kämpfe im Gazastreifen fallen auch die Luftangriffe Israels auf den Iran, insbesondere auf dessen Atomanlagen (Juni 2025). Bekanntlich beteiligten sich auch die USA mit ihren großen Bomben gegen die verbunkerten Atomanlagen an diesen Angriffen.

Dagegen scheint der Angriff der israelischen Luftwaffe in Katar (9.9.2025) mit dem gescheiterten Versuch, die dort sich zu Verhandlungen aufhaltenden Hamas Führung zu töten, nicht mit den USA abgestimmt gewesen zu sein.

Aus Sicht der USA haben die Beziehungen zu den (reichen) Golfstaaten eine hohe Priorität. Das Ziel ist es, die sogenannten Abraham-Abkommen mit einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel möglichst weit auszudehnen. Vereinfacht ausgedrückt geht es darum, die Beziehungen zwischen allen Beteiligten soweit zu normalisieren, dass Geschäfte in dieser Region ohne Störungen durch regionale Konflikte getätigt werden

können; nicht zuletzt auch Geschäfte der Familie Trump und die seiner Freunde, wie etwa Steve Witkoff. Das ist die Priorität, die Belange der Palästinenser sind nicht wesentlich. Höchstens indirekt spielen sie eine Rolle, denn auch von ihnen sollen keine Störeffekte ausgehen.

Der Angriff Israels gegen die Hamas-Vertreter in Katar kam den Interessen der USA in die Quere. Deshalb hat Trump darauf reagiert. Netanjahu musste sich im Beisein von Trump beim Herrscher von Katar telefonisch entschuldigen. Sieht Trump US-Interessen gefährdet, ist er offensichtlich in der Lage, wirksamen Druck auf Israel auszuüben.

Am 29. September verkündete Trump den sogenannten „20 Punkte Friedensplan“. Dieser sieht als erste Schritte einen Waffenstillstand, einen Teilrückzug Israels und die Freilassung aller Geiseln inklusive der Rückgabe aller Toten vor.

Für die anschließenden Phasen werden im Friedensplan mehrere einschneidende und tiefgehende Maßnahmen angekündigt. Dazu gehören: die Entsendung einer internationalen Friedenstruppe, die Etablierung einer palästinensischen, aber von der Hamas unabhängigen, Verwaltung, die vollständige Entwaffnung der Hamas, ein weiterer schrittweiser Rückzug der israelischen Armee und der Wiederaufbau im Gazastreifen. Diese Maßnahmen sollen von einem Friedensrat (unter dem Vorsitz von Trump) überwacht werden. Und schließlich wollen die USA noch einen Dialog zwischen Israel und den Palästinensern anstoßen, der zu einer endgültigen Regelung mit friedlicher Koexistenz zwischen Israel und den Palästinensern führen soll. Dabei ist,

Eine Geschichte des amerikanischen Volkes von Howard Zinn.

Gerade die Regierungszeiten von Donald Trump dürfen nicht vorrangig mit seinem Regierungsstil und den Ansichten seiner Milliardärsfreunde und seiner, oft zum Teil gewaltbereiten, Wähler*innen kritisiert oder gar darauf zurückgeführt werden. Was gerade passiert, hat eine lange Geschichte, die Geschichte des (US-)amerikanischen Volkes, die der US-amerikanische Historiker Howard Zinn in seinem Buch, das 2003 auf deutsch erschien, auf fast 700 Seiten analysiert und aufzeigt.

700 Seiten sollten nicht abschrecken, sondern diese sind den 25 verschiedenen Themenbereichen und Kapiteln geschuldet, die, was oft US-amerikaner*innen zugeschrieben wird, leicht und locker geschrieben. Das unterscheidet sie von vielen deutschen Historiker*innen, z.B. auch, dass Originalzitate zum Beweis von Analysen Verwendung finden.

Nur ein paar (ausgewählte) Kapitelüberschriften: „Die Entstehung der Rassentrennung“, „Sklaverei ohne Unterwerfung“, „Emanzipation ohne Freiheit“, „Das Imperium und das Volk“, „Die sozialistische Gefahr“, „Selbsthilfe in schwierigen Zeiten“, „Der vertagte Traum“, „Der zwei-Parteien-Konsens“, „Die kommende Revolte“. Dass das Buch mit dem Kapitel „Die Wahl 2000 und der „Krieg gegen den Terrorismus“ abschließt, erklärt nochmal viel über die heutige Politik und muss als Warnung verstanden werden.

Ob Zinns Untersuchung und kritische „Geschichte des amerikanischen Volkes“ weiterhin in US-amerikanischen Bibliotheken steht oder in Universitäten, in denen es oft als „das“

Geschichtsbuch genutzt wurde, ist angesichts der MAGA-Politik von Donald Trump und seinem Anhang mehr als fraglich. Umso mehr sollte es hierzulande gelesen werden. Es lohnt sich und erklärt vieles!

Frank Rehberg

laut dem 20-Punkte Plan, ein palästinischer Staat nicht ausgeschlossen.

Am 10. Oktober stimmte auch Israel diesem Plan zu. Am 13. Oktober wurden die noch lebenden Geiseln freigelassen. Israel ließ wiederum 1.900 inhaftierte Palästinenser frei. Ebenfalls am 13. Oktober hatte Trump einen triumphalen Auftritt in der israelischen Knesset und auch bei der feierlichen Unterzeichnung im ägyptischen Scharm el Scheich, unter dem Beisein vieler Staats- und Regierungschefs, konnte er seine Erfolge ausgiebig zelebrieren. Dabei sprach Trump von einem „dauerhaften Frieden in Nahost“ und vom „Beginn der Harmonie“.

Die Realität sieht etwas anders aus. Der Waffenstillstand im Gazastreifen ist ziemlich brüchig. Weiterhin kommen Menschen durch israelische Angriffe zu Tode (bis Ende Januar über 500). Die Versorgung der Bevölkerung ist nach wie vor ungenügend und ihre Unterbringung ist wegen der großen Zerstörungen äußerst prekär.

Viele Beobachter sind der Meinung, dass schon bei den vorhergehenden Waffenruhen die Freilassung aller Geiseln hätte erreicht werden können, wenn die israelische Regierung wirklich ihre Priorität auf diesen Punkt gelegt hätte. Diese Ansicht wurde auch von Angehörigen der Geiseln vertreten, die der Regierung und zum Teil auch Netanyahu persönlich schwere Vorwürfe machten. Auf jeden Fall ist bei diesen letzten Waffenstillstand nichts wesentlich Neues oder Anderes verhandelt und vereinbart worden, das auch nicht schon Monate früher möglich gewesen wäre.

Nach der pompösen Unterzeichnung ging es nur vergleichsweise langsam mit der Umsetzung des Friedensplans voran.

Am 18.11.25 beschloss der UN-Sicherheitsrat mit 13 Stimmen bei Enthaltung von China und Russland eine Resolution, die eine generelle Unterstützung für den Gaza-Friedensplan zum Ausdruck bringt (und die Unterstützung zunächst auf zwei Jahre beschränkt).

Im Januar 2026 kündigte Witkoff den Start der zweiten Phase des Friedensplans an. Die Namen der

15 Mitglieder des NCAG (National Committee for the Administration of Gaza), das die Verwaltung des Gaza-Streifens führen soll, werden bekanntgegeben.

Die Aufstellung der Friedenstruppe, die laut Plan „sofort“ geschehen sollte, lässt auf sich warten. Bisher hat nur Indonesien offiziell seine Bereitschaft erklärt, sich zu beteiligen.

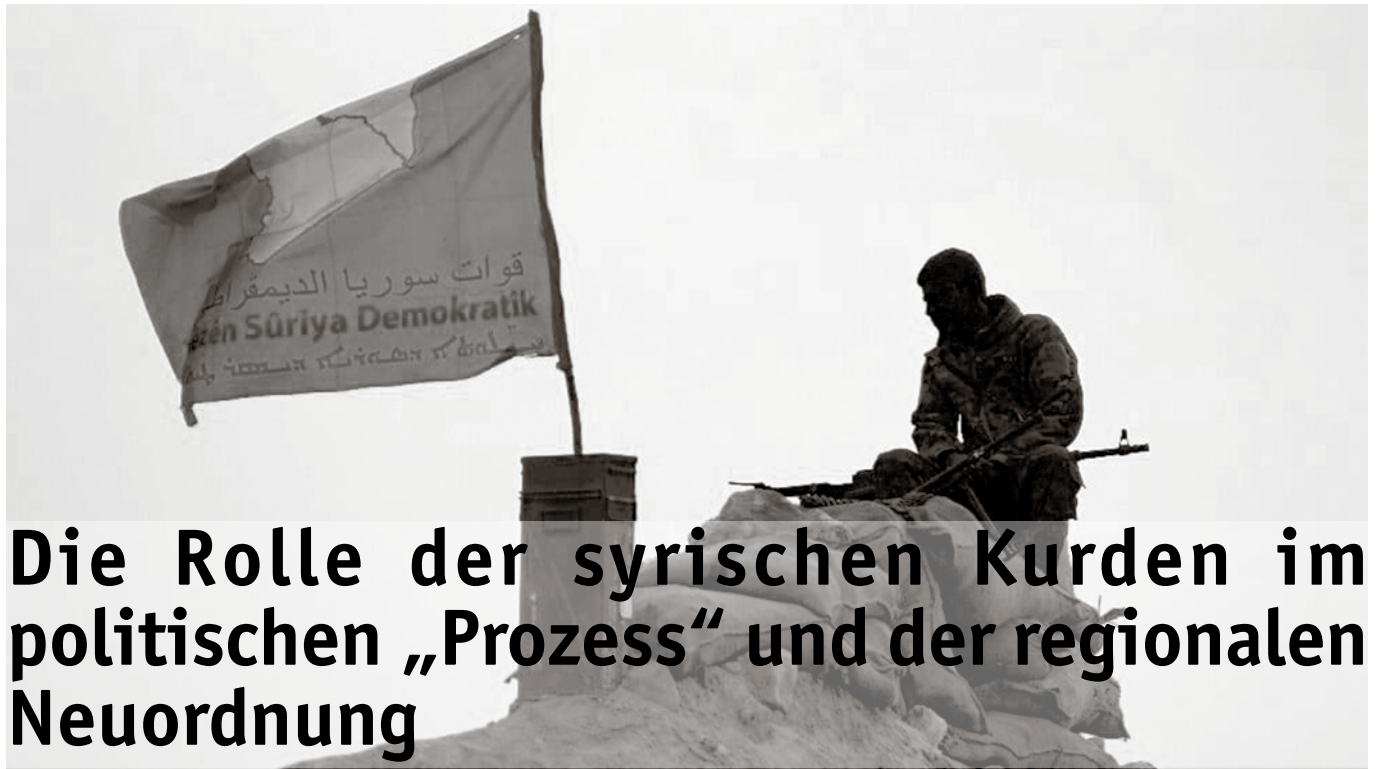
Die Hamas hat zwar zugesagt, mit der geplanten palästinensischen Verwaltung zusammenzuarbeiten, aber eine Entwaffnung immer entschieden abgelehnt. Für Israel dagegen ist die Entwaffnung eine Kernforderung. Auch Trump hat sich im Friedensplan eindeutig darauf festgelegt. Zur Zeit ist nicht erkennbar, wie es damit weitergehen könnte. Ein Scheitern des gesamten Friedensplans an dieser Frage ist keineswegs ausgeschlossen.

Anlässlich des WEF in Davos wurde die Etablierung des sogenannten Friedensrates (Board of Peace) vollzogen. Laut der von den USA gearbeiteten Charta übernimmt Trump auf Lebenszeit den Vorsitz dieses Gremiums. Andere Mitglieder werden von ihm (und nur von ihm) dazu eingeladen und gegebenenfalls auch wieder ausgeladen. Der Vorsitzende hat ein weitgehendes Vetorecht. Dieser Friedensrat kann nichts beschließen, was auch nur ansatzweise dem Vorsitzenden missfällt. In der Charta wird Gaza nicht mehr ausdrücklich erwähnt, anvisiert wird vielmehr die Befassung mit allen denkbaren Themen, ohne jede Einschränkung - es sei denn, es wäre nicht im Interesse Trumps.

Ob dieses Gebilde in Zukunft irgendeine praktische Relevanz haben wird, muss sich zeigen. Fest steht, eine Relevanz könnte sich ausschließlich über die Macht der USA bzw. Trumps als deren Präsident einstellen; eine Macht, die es anderen Akteuren nützlich erscheinen lässt, sich zu beteiligen.

Die Inszenierung von Macht und Einfluss, die Inszenierung der Person Trumps als Friedensbringer und als „großen Präsidenten“ in einer Show, die Aufmerksamkeit und Medienpräsenz garantiert, das scheint der Hauptzweck dieses „Board of Peace“ zu sein.

Der folgende Artikel erschien in der türkischen Zeitschrift *teori ve eylem* in der Ausgabe Januar 2026. Wir danken den Genoss*innen für die Erlaubnis zum Nachdruck.



Die Rolle der syrischen Kurden im politischen „Prozess“ und der regionalen Neuordnung

Für die Erdoğan-Regierung war die Entstehung einer kurdischen Selbstverwaltung in Rojava (Nord- und Nordostsyrien) eines der am wenigsten vorhergesehenen Ergebnisse der Intervention in Syrien. Ab 2011 hatte sich die Erdoğan-Regierung mit Unterstützung der USA und westlicher imperialistischer Mächte an die Spitze der Bemühungen gestellt, das syrische Baath-Assad-Regime zu stürzen. Dass die Kurden in diesem Prozess eine autonome politische Ordnung aufbauen würden, gehörte jedoch nicht zu den einkalkulierten Folgen.

Diese Entwicklung stellte für die türkische Regierung in mehrfacher Hinsicht ein Problem dar. Sie erschwerte zunächst die auf einen schnellen Sturz des Assad-Regimes ausgerichteten regionalen Expansionspläne Ankaras. Zugleich erhöhte sie die Risiken für die Fortführung der staatlichen Kurdenpolitik im Inneren der Türkei. Denn eine erfolgreiche kurdische Selbstverwaltung in Syrien konnte auch die kurdische Bewegung innerhalb der Türkei stärken und politische Erwartungen erzeugen, die sich der Kontrolle der Regierung entzogen.

Um diesen aus ihrer Sicht entstehenden „Schwierigkeiten“ zu begeg-

nen, leitete die Erdoğan-Regierung 2013 den sogenannten „Lösungsprozess“ ein. Ziel war es, die Kurden politisch in Erwartung zu halten, sie zugleich für die regionalen Expansionsambitionen der Türkei zu gewinnen und sie innenpolitisch für das Projekt eines Präsidialsystems zu mobilisieren. Die in Rojava entstandenen autonomen Kantonverwaltungen standen diesen Zielen jedoch entgegen. Sie erschwerten sowohl die Durchsetzung einer von Ankara diktierten „Lösung“ der Kurdenfrage als auch die politische Instrumentalisierung der kurdischen Bewegung.

Vor diesem Hintergrund unterstützte die Erdoğan-Regierung offen oder indirekt dschihadistische Gruppen, die gegen die Kurden in Syrien kämpften. Zunächst handelte es sich dabei um die al-Nusra-Front, später um den sogenannten Islamischen Staat (IS). Ankara stellte diesen Gruppen logistische Möglichkeiten und politische Spielräume zur Verfügung.

Besonders deutlich wurde diese Politik während der Belagerung der Stadt Kobanê durch den IS. Die Haltung der türkischen Regierung fand ihren symbolischen Ausdruck in der Aussage Erdogans, Kobanê stehe „kurz vor dem Fall“. Der Versuch, die kurdische Selbstverwaltung

militärisch zu zerschlagen, scheiterte jedoch. Ausschlaggebend war der entschlossene Widerstand der kurdischen Kräfte sowie die militärische Unterstützung dieses Widerstands durch die USA, die dabei ihre eigenen regionalen Interessen verfolgten.

Das Scheitern dieser Strategie hatte direkte politische Folgen. Es spielte eine zentrale Rolle bei der Beendigung des „Lösungsprozesses“ im Jahr 2015 und markierte einen Wendepunkt in der Kurdenpolitik der türkischen Regierung.

Russland, der wichtigste internationale Unterstützer des Baath-Assad-Regimes und der von Iran geführten sogenannten „Achse des Widerstands“, sah sich mit dem Beginn des Ukrainekriegs gezwungen, militärische Ressourcen und politische Aufmerksamkeit auf diesen Krieg zu konzentrieren. Parallel dazu veränderten sich die regionalen Machtverhältnisse weiter. Im Oktober 2023 begann Israel mit massiven Angriffen auf den Gazastreifen. Diese wurden mit Unterstützung der USA und westlicher Staaten geführt und später auf weitere Akteure der „Achse des Widerstands“ ausgeweitet, insbesondere auf die libanesischen Hisbollah. Die Angriffe führten zu erheblichen Verschiebungen im regionalen Kräfteverhältnis.

Diese Entwicklungen setzten die Erdoğan-Regierung erneut unter Handlungsdruck. Ziel war es, mögliche Bedrohungen frühzeitig abzuwehren, den eigenen Einfluss im Prozess der regionalen Neuordnung auszubauen und zugleich den innenpolitischen Machtverlust aufzuhalten. In diesem Zusammenhang wurde die Kurdenfrage erneut zum Gegenstand eines strategischen politischen Vorstoßes.

Im Oktober des vergangenen Jahres leitete der Regierungsblock einen neuen „Prozess“ ein. Auslöser war ein öffentlicher Appell des Vorsitzenden der rechtsradikalen Partei MHP, Devlet Bahçeli, an den inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Die zentrale Motivation dieses neuen Prozesses bestand in der Entwaffnung oder zumindest der politischen und militärischen Kontrolle der kurdischen bewaffneten Kräfte.

Innerhalb dieser Machtkonstellation stellen die SDF heute die stärkste und am besten organisierte militärische Kraft Syriens dar. Ihre Position erschwert es der Erdoğan-Regierung erheblich, ihre politischen und sicherheitspolitischen Ziele durchzusetzen. Aus diesem Grund bleibt der gesamte neue „Prozess“ von Beginn an instabil und politisch fragil.

Syrische Kurden: Siedlungsgebiete, historische und politische Hintergründe

Syrisch-Kurdistan bildet den kleinsten Teil der historischen Geografie Kurdistans. Es umfasst die nördlichen Regionen Syriens. Das Gebiet liegt im Einzugsbereich der Flüsse Euphrat und Tigris und wird als Cizîre [auch Cezire; arabisch für „Insel“] bezeichnet. Zu dieser Region gehören Städte wie Qamişlo, Amude,



Entsprechend bezeichnete die Regierung diesen Kurs als Projekt einer „terrorfreien Türkei“.

Gerade diese Motivation macht den Prozess jedoch hochgradig abhängig von den Entwicklungen in Syrien. Sein Verlauf und seine Grenzen werden in entscheidendem Maße von der dortigen kurdischen Selbstverwaltung und ihrer militärischen Kraft bestimmt, den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF). Denn obwohl die Erdoğan-Regierung beim Regimewechsel in Syrien im Dezember 2024 eine maßgebliche Rolle spielte und dafür vom damaligen US-Präsidenten Trump wiederholt gelobt wurde, haben sich die regionalen Machtverhältnisse anders entwickelt als von Ankara erhofft.

Derîk, Tirbesîye und Rimelan.

Kobanê [arabisch: Ayn al-Arab] gehörte in osmanischer Zeit zum Vilâyet [„Provinz“] Aleppo und zählt zu den kurdischen Städten westlich des Euphrats. Ebenfalls westlich des Euphrats liegt das Gebiet Cebel el-Ekrad [Çiyayê Kurdan, auch „Kurdenberg“], das als eines der ältesten kurdischen Siedlungsgebiete gilt. In dieser Region leben auch viele êzîdische Kurden. Die wichtigste Stadt ist Afrin, das zugleich als landwirtschaftliches Zentrum Syriens gilt. Darüber hinaus existieren bedeutende kurdische Bevölkerungsgruppen in den Großstädten Damaskus und Aleppo.

Da diese Region im Westen der historischen kurdischen Siedlungs-

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 230 Winter 2025, 28 S.

- Deutschland nach der Zeitenwende (3)
- Unsere Jahreskonferenz 2025
- Wirtschaftskrise und das Erstarken reaktionärer Kräfte
- Trump, die NATO und der 5-Prozent-Standard
- Die Friedensfrage und die deutschen Gewerkschaften
- Diskussion in der IG Metall Hanau/Fulda
- Peru: Die Absetzung Dina Boluarte
- ...

Nr. 229 Herbst 2025, 32 S.

- Trump, die Ökonomie und die Zölle
- Oxfams Ungleichheitsbericht und die Macht der Milliardäre
- Klassenfragen enden nicht nach 67 Lebensjahren
- Starmers Labour, ein neues Projekt Rezensionen:
- Jean Ziegler's „Trotz alledem!“
- Feuertöchter, Wehrmachtsverbrechen in Belarus
- Karuscheits Trilogie zur neueren deutschen Geschichte

Nr. 228 Sommer 2025, 24 S.

- Deutschland nach der Zeitenwende
- Trump und der Rechtspopulismus in den USA
- Israel endlos im Krieg

Nr. 227 Frühjahr 2025, 28 S.

- Nach der Bundestagswahl
- Trauerrede auf Hans Steiger
- Koalition in Österreich ist fix
- Oh, wie wunderbar ist Panama
- Wo steht Venezuela heute?
- Der Nahe Osten wird bis zur Unkenntlichkeit verändert
- Wahlen in Österreich
- Buchbesprechung: „... Er kämpft das Menschenrecht“

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

gebiete liegt, wird sie auch als Rojava [„Westen“] bezeichnet. Zwar existieren keine offiziellen Bevölkerungszahlen, doch Schätzungen gehen von rund drei Millionen Kurden aus. Dies entspricht etwa 10–12 Prozent der syrischen Gesamtbevölkerung. Aufgrund der Arabisierungspolitik des Baath-Assad-Regimes lebt in der Region zudem eine erhebliche arabische Bevölkerung. Daneben gibt es assyrische, armenische und turkmenische Minderheiten. Bei allen demografischen Einschätzungen ist zu berücksichtigen, dass insbesondere infolge der von der Türkei durchgeführten Militäroperationen und der Angriffe dschihadistischer Gruppen – vor allem in Afrin – Hunderttausende Kurden zur Flucht gezwungen wurden.

Nach der Ausrufung der Republik Türkei im Jahr 1923 als „Nationalstaat“ begannen die Kurden, sich gegen die Leugnung ihrer nationalen Existenz zu erheben. Auf den Aufstand von Baytüşşebap folgte der Scheich-Said-Aufstand. Beide Aufstände wurden mit massiver Gewalt niedergeschlagen. In dieser Phase flohen Zehntausende Kurden sowohl vor Massakern als auch vor den im Rahmen des „Şark-Islahat“-Plans durchgeführten staatlichen Repressionsmaßnahmen nach Syrisch-Kurdistan, insbesondere in die Cizîre-Region.

Die dort angesiedelten Kurden spielten später eine zentrale Rolle bei der Gründung der Organisation Hoybun [Xoybun], die maßgeblich an der Organisation des Ağrı-Aufstands von 1930 beteiligt war. Vor allem kurdische Intellektuelle um Celadet Bedirxan trugen wesentlich zur kulturellen und politischen Entwicklung bei. Sie passten die kurdische Sprache an das lateinische Alphabet an und gaben in Damaskus die Zeitschrift *Hawar* heraus. Damit leisteten sie einen wichtigen Beitrag zur kurdischen Aufklärung.

Syrien erlangte 1946 die Unabhängigkeit von Frankreich. Dennoch erlebte das Land bis zur Machtübernahme der Baath-Partei im Jahr 1963 eine Phase politischer Instabilität, die von mehreren Militärputschen geprägt war. Zwischen 1958 und 1961 war Syrien Teil der Vereinigten Arabischen Republik unter der Führung von Gamal Ab-

del Nasser. Nach dem Militärputsch von 1961 zog sich Syrien jedoch aus dieser Union zurück.

Ein entscheidender Einschnitt für die syrischen Kurden erfolgte 1962 mit dem Erlass des Gesetzes Nr. 93, das den Staatsbürgerstatus der Bevölkerung regelte. Auf dieser Grundlage wurde 1963 in der Provinz Haseke [Cizîre-Region] eine Volkszählung durchgeführt. In deren Ergebnis wurden rund 120 000 Kurden, die nicht nachweisen konnten, bereits vor 1945 syrische Staatsbürger gewesen zu sein, als *ecanib* [„Ausländer“] registriert. Ihnen wurden grundlegende Bürgerrechte entzogen, darunter das Recht auf Reisen, Bildung, Beschäftigung, Eigentum, Erbschaft und politische Beteiligung.¹ In Fortsetzung dieser Politik setzte der syrische Staat die sogenannte „Arabischer-Gürtel-Politik“ um, mit dem Ziel, die ethnische Zusammensetzung der Region dauerhaft zu verändern.

Mit dem Übergang des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan nach Syrien im Jahr 1979 und der Duldung der PKK-Aktivitäten durch das Baath-Regime entwickelte sich ein zentraler Konfliktpunkt in den türkisch-syrischen Beziehungen. Nach 1980 erhielten PKK-Kämpfer militärische Ausbildung im von Syrien kontrollierten Bekaa-Tal im Libanon. Dort wurden auch PKK-Ausbildungslager eingerichtet.

Das unter Hafiz al-Assad geführte Syrien war während des Kalten Krieges eng mit der Sowjetunion verbunden. Die Beziehungen zur Türkei, die im US- und NATO-Block verankert war, blieben angespannt. Besonders die Hatay-Frage sowie die von der Türkei an Euphrat und Tigris errichteten Staudämme und die damit verbundene Wasserfrage prägten die bilateralen Konflikte.

Das Baath-Regime nutzte seine Unterstützung für die PKK einerseits als politisches Druckmittel gegen die Türkei. Andererseits diente diese Unterstützung auch dazu, die syrischen Kurden unter staatlicher Kontrolle zu halten. Öcalan hielt sich bis 1998 in Damaskus auf. Erst nachdem die Türkei mit militärischen Maßnahmen an der Grenze drohte, verließ er das Land. In dieser Zeit hatte sich

die PKK jedoch tief in der kurdischen Gesellschaft Syriens organisiert.

In der Gründungsphase der PKK betrachtete Abdullah Öcalan die Sowjetunion, die er später als „real existierenden Sozialismus“ bezeichnen sollte, trotz ihres revisionistischen Charakters als sozialistisch. Der Zusammenbruch der Sowjetunion spielte – wie bei vielen anderen Organisationen – auch für die ideologische Neuorientierung der PKK eine zentrale Rolle. Im Jahr 1995 entfernte die PKK Hammer und Sichel aus ihrer Flagge. Nach der Festnahme Öcalans im Februar 1999 im Rahmen einer internationalen Operation und seiner Überstellung in die Türkei entwickelte die PKK, beeinflusst vor allem von öko-anarchistischen und autonomistischen Theoretikern wie Murray Bookchin und Immanuel Wallerstein, das Konzept der „Demokratischen Moderne“ bzw. des „Demokratischen Konföderalismus“.

Auf dieser Grundlage wurden 2002 im Irak die PÇDK (Partei der Demokratischen Lösung Kurdistans), 2003 in Syrien die PYD (Partei der Demokratischen Union) und 2004 im Iran die PJAK (Partei für ein freies Leben in Kurdistan) gegründet. Gemeinsam mit der PKK bildeten diese Organisationen das KCK-System (Union der Gemeinschaften Kurdistans).

Zwar existierten in Syrien bereits seit 1957 kurdische Parteien, insbesondere die Syrische KDP, die nach 1970 unter dem Einfluss der irakischen KDP Barzanis stand. Ihr politischer Einfluss blieb jedoch begrenzt. Die Duldung Öcalans und der PKK durch das Baath-Regime begünstigte dagegen die politische Organisation der syrischen Kurden entlang der PKK-Linie. In dieser Phase wurden von der PKK Hunderte Kader in Syrien ausgebildet.

Diese organisatorischen und politischen Strukturen bildeten die Grundlage für die Gründung der PYD im Jahr 2003. Kurz nach ihrer Gründung kam es in Qamişlo (Kamışlı) zu Ereignissen, die die Stellung der PYD insbesondere unter kurdischen Jugendlichen deutlich stärkten. Am 12. März 2004 eskalierte ein Fußballspiel zwischen der arabischen Mannschaft al-Futuwa

1– Tejel, Jordi (2015): *Suriye Kürtleri, Birinci Basım. İstanbul: İntifada Yayınları*, S. 109.

und der kurdischen Mannschaft al-Jihad zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Kurden. Die anschließende brutale Intervention der Sicherheitskräfte des Baath-Regimes gegen protestierende Kurden führte zum Tod Dutzender Menschen.

Die Proteste breiteten sich in der Folge auf nahezu alle kurdischen Städte Syriens aus. Gleichzeitig kam es zu massiven Repressionsmaßnahmen, Verhaftungen und Inhaftierungen. In diesem Prozess wuchs jedoch auch die organisatorische Stärke und gesellschaftliche Verankerung der PYD innerhalb der kurdischen Bevölkerung erheblich.

Von der Syrien-Intervention zur Strategie des Kampfes gegen den IS

Die syrische Intervention und der angestrebte Regimewechsel wurden in der 66. Ausgabe dieser Zeitschrift [*teori ve eylem*, Frühjahr 2025] bereits ausführlich und aus unterschiedlichen Perspektiven behandelt. Daher werden an dieser Stelle weder die regionalen Entwicklungen, die den Boden für die Intervention bereiteten, noch die mit ihr verfolgten Ziele erneut detailliert dargestellt. Es genügt, an eine Aussage des US-amerikanischen Ökonomen und Diplomaten Jeffrey Sachs zu erinnern, die er auf dem Antalya Diplomacy Forum im April des vergangenen Jahres machte. Sachs erklärte dort: „[Die USA und Israel] wollten einen Regimewechsel. Die CIA hat Syrien durch verdeckte Operationen wie ‚Timber Sycamore‘ destabilisiert und den Krieg durch die Bewaffnung dschihadistischer Gruppen angeheizt.“²

Die Erdoğan-Regierung übernahm mit Unterstützung und Anleitung des US-Imperialismus eine führende Rolle bei dieser Intervention. Sie ging davon aus, dass das Baath-Assad-Regime in kurzer Zeit gestürzt werden würde. Gleichzeitig rechnete sie damit, im Rahmen der angestrebten regionalen Führungsrolle einen erweiterten Handlungsspielraum für ihre als „Neo-Osmanismus“ bezeichneten expansionistischen Ambitionen zu gewinnen. Trotz der raschen Bewaffnung dschihadistischer Gruppen und der gezielten Förderung der Einreise von Kämpfern aus aller Welt nach

Syrien erfüllte sich diese Erwartung jedoch nicht. Vor allem das offene Eingreifen Irans und der libanesischen Hisbollah verhinderte einen schnellen Zusammenbruch des Regimes.

Nach dem ersten Jahr des Krieges zeigte sich ein neues Kräfteverhältnis. Einerseits gewannen die von der Türkei und den Golfstaaten unterstützten dschihadistischen Gruppen in den Grenzregionen an Einfluss. Andererseits zog das Assad-Regime seine Kräfte aus weniger strategischen Gebieten ab und konzentrierte sie auf zentrale Regionen. Diese Entwicklung schuf günstige Bedingungen für die Kurden, die ihre eigenen politischen und militärischen Strukturen ausgebaut hatten und nun einen entscheidenden Schritt unternahmen.

Unter Führung der PYD riefen die Kurden im Juli 2012 zunächst in Kobanê und anschließend auch in Cizîre und Afrin autonome Kantonverwaltungen aus. Das bereits geschwächte Regime reagierte darauf mit einer faktischen Duldung dieser Autonomie. Es akzeptierte die Selbstverwaltung stillschweigend und behielt lediglich seine staatlichen Institutionen in den betroffenen Gebieten bei.

Für die Erdoğan-Regierung war diese Entwicklung ein unerwartetes und unerwünschtes Ergebnis der Intervention. Entsprechend fiel die erste Reaktion Ankaras eindeutig aus: Die Ausrufung autonomer Kantone wurde als inakzeptabel erklärt. Auch für die dschihadistischen Gruppen galten diese säkular-demokratisch geprägten Strukturen als ebenso illegitim wie das Assad-Regime selbst. In ihrer Logik mussten sie daher zerstört werden.

Vor diesem Hintergrund begann im März 2013 in Serêkaniyê, gegenüber dem türkischen Grenzort Ceylanpınar, ein massiver Angriff auf die kurdischen Gebiete. Federführend war dabei die al-Nusra-Front, der Vorläufer der späteren HTS. Auf diesen Angriff folgten weitere Überfälle auf andere kurdische Regionen.

Da sich jedoch weder der Sturz des Regimes realisierte noch die kur-

dischen Autonomiestrukturen beseitigen ließen, sah sich die türkische Regierung gezwungen, ihre Politik in der Kurdenfrage neu auszurichten. Die Etablierung der autonomen Kantone in Rojava und das Risiko einer großflächigen militärischen Konfrontation mit den Kurden führten dazu, dass Ankara Anfang 2013 einen neuen politischen Schritt einleitete. Über Gespräche mit dem auf der Gefängnisinsel İmralı inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan wurde der sogenannte „Lösungsprozess“ begonnen.

Mit diesem Prozess verfolgte die Erdoğan-Regierung mehrere Ziele. Zum einen sollte die PKK entwaffnet werden. Zum anderen sollte das Risiko eines offenen Konflikts mit den syrischen Kurden reduziert werden. Darüber hinaus zielte die Regierung darauf ab, die syrischen Kurden in die Pläne zur Absetzung Assads und zum Regimewechsel einzubinden. Innenpolitisch hoffte Erdoğan, durch die Einbindung der Kurden Unterstützung für sein Projekt eines Präsidialsystems zu gewinnen.

Ein weiterer zentraler regionaler Bezugspunkt dieses Prozesses war der Irak. Zwar hatte der türkische Staat die Errichtung einer kurdischen Föderalregion im Irak lange Zeit als „rote Linie“ betrachtet. Ab 2005 begann er jedoch – auch auf Drängen des US-Imperialismus – seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Autonomen Region Kurdistan auszubauen. Hintergrund war die instabile Lage im Irak nach der US-Intervention von 2003.

Um eine neue Irak-Strategie zu entwickeln, legten die USA 2006 den sogenannten Baker-Hamilton-Bericht vor. Darin wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Autonomen Region Kurdistan ausdrücklich empfohlen. Gleichzeitig wurde gefordert, die „Sicherheitsbedenken“ der Türkei in Bezug auf die PKK ernst zu nehmen. Die militärische Präsenz der PKK wurde nicht nur als sicherheitspolitisches Problem, sondern auch als Risiko für Energieinfrastruktur und Transitwege bewertet.³

2 – Bursalı, O. (2025) „Neden Şaşırıldık Jeffre Sachs’ın Söylediklerine?“, *Cumhuriyet*, <https://www.cumhuriyet.com.tr/yazarlar/orhan-bursali/neden-sasirdik-jeffrey-sachs-in-soylediklerine-2320455>

3 – Baker, J. A. and L. H. Hamilton (2006) *The Iraq Study Group Report*, Vintage Books, https://download.npr.org/anon.npr-www/documents/2006/dec/isg_full.pdf

Auf Grundlage dieser Empfehlungen und unter Vermittlung der USA begannen 2009 geheime Gespräche zwischen dem türkischen Geheimdienst MIT und der PKK in Oslo. Parallel dazu war geplant, in der Autonomen Region Kurdistan unter Führung Barzanis eine „Kurdische Konferenz“ abzuhalten, deren zentrales Ziel die Entwaffnung der PKK war. Diese Initiativen scheiterten jedoch. Einerseits blieb die Erdoğan-Regierung die von der PKK erwarteten politischen Schritte schuldig. Andererseits führten innerstaatliche Machtkämpfe innerhalb der Türkei dazu, dass die Gespräche öffentlich gemacht wurden. Angehörige der Gülen-Bewegung, die damals noch Teil der Machtstruktur waren, versuchten, den an den Gesprächen beteiligten MIT-Chef Hakan Fidan juristisch zu verfolgen. In der Folge brachen die ohnehin fragilen Oslo-Gespräche ab.

Für den Erfolg des „Lösungsprozesses“ war aus Sicht der türkischen Regierung letztlich die Entwicklung in Rojava entscheidend. Nur wenn es gelänge, die kurdische Selbstverwaltung in Syrien zu beseitigen oder entscheidend zu schwächen, glaubte Ankara, eine eigene „Lösung“ der Kurdenfrage durchsetzen zu können.

Der damalige stellvertretende Ministerpräsident und für die Verhandlungen zuständige Regierungsvertreter Yalçın Akdoğan brachte diese Sichtweise offen zum Ausdruck. Er erklärte, Öcalan versuche, sich über die Entwicklungen in Syrien eine regionale politische Rolle zu verschaffen. Die wachsende Einflussnahme der PYD unter den syrischen Kurden und Perspektiven wie eine mögliche Konferenz in Nordirak würden dieses Denken befördern. Die Vorstellung, in Syrien einen politischen Status zu erlangen, erzeugte nach Akdoğan eine „Unzufriedenheit und Überheblichkeit“, die die Reformpolitik der Regierung in der Türkei abwerte.⁴

Diese Einschätzung verdeutlicht die Grundlinie der Regierungspolitik. Die Autonomie in Rojava wurde als Gefahr und Illusion betrachtet, die mit allen Mitteln verhindert werden sollte. Zugleich galt sie als Hindernis für die Durchsetzung einer von Ankara kontrollierten Lösung der Kurdenfrage. Vor diesem Hintergrund er-

klärt sich auch, weshalb die türkische Regierung 2014 den IS während der Belagerung von Kobanê faktisch unterstützte und weshalb der „Lösungsprozess“ nach dem Scheitern dieser Belagerung endgültig beendet wurde.

Von Astana bis zum Sturz des Regimes

Die Entscheidung des US-Imperialismus, die Zusammenarbeit mit den syrischen Kurden zu institutionalisieren, stellte einen weiteren Wendepunkt im Syrienkrieg dar. Unter dem Label „Kampf gegen den IS“ wurde 2015 die SDF (Syrische Demokratische Kräfte) gegründet. Ihr militärisches Rückgrat bildeten die Volksverteidigungseinheiten YPG, der bewaffnete Arm der PYD. Mit dieser Struktur wurde die Kooperation zwischen den USA und den syrischen Kurden dauerhaft verankert.

Für die Erdoğan-Regierung hatte diese Entwicklung weitreichende Konsequenzen. Die militärische und politische Aufwertung der SDF durch die USA bedeutete, dass die Türkei ihre bisherigen Ziele in Syrien nicht mehr allein über Washington durchsetzen konnte. Ankara begann daher, seine Beziehungen zu einem weiteren zentralen Akteur auf dem syrischen Schauplatz zu intensivieren: Russland.

Russland unterstützte das Baath-Regime in Damaskus und stand nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs im November 2015 in einem offenen Konflikt mit der Türkei. Dennoch setzte bereits im Frühjahr 2016 eine vorsichtige Annäherung ein. Diese Entwicklung wurde durch den gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 erheblich beschleunigt. Nach dem Putsch, den die türkische Regierung der Gülen-Bewegung zuschrieb und in dem sie zugleich eine indirekte Unterstützung durch die USA vermutete, gewann die Kooperation mit Russland für Ankara strategische Bedeutung.

Im August 2016 startete die Türkei gemeinsam mit unter dem Namen „Freie Syrische Armee“ (FSA) zusammengeschlossenen Milizen die

Operation „Schutzschild Euphrat“. Offiziell richtete sich dieser Militäreinsatz gegen den IS. Tatsächlich zielte er jedoch darauf ab, die Verbindung der kurdischen Kantone Kobanê und Afrin zu verhindern und zwischen ihnen eine türkisch kontrollierte Pufferzone zu errichten. Die Besetzung von Cerablus und al-Bab erfolgte mit ausdrücklicher Zustimmung Russlands.

Die Abhängigkeit der türkischen Militäroperationen von russischer Unterstützung wurde später offen eingeräumt. Der damalige Chefberater des türkischen Präsidenten, İlnur Çevik, erklärte nach der Afrin-Operation im Jahr 2018, dass ohne die Öffnung des russischen Luftraums weder al-Bab noch Afrin hätten eingenommen werden können. Selbst der Einsatz von Drohnen wäre unmöglich gewesen.⁵

Die Kooperation mit Russland verschaffte der Erdoğan-Regierung nicht nur militärischen Spielraum in Syrien. Sie wurde zugleich zu einem zentralen außenpolitischen Pfeiler beim Aufbau des innenpolitischen Repressionssystems, das häufig als „Ein-Mann-Regime“ bezeichnet wird. Die militärischen Operationen gegen die syrischen Kurden dienten dabei als Legitimationsgrundlage für autoritäre Umstrukturierungen im Inneren.

Russland verfolgte mit dieser Zusammenarbeit eigene Interessen. Obwohl Moskau weder die PYD noch die SDF als Terrororganisation einstufte und den Kurden sogar erlaubte, ein Vertretungsbüro in Moskau zu eröffnen, nutzte es den türkischen Druck auf die Kurden gezielt aus. Ziel war es, die SDF zu einer Verständigung mit dem Assad-Regime zu bewegen. Gleichzeitig bot die Situation Russland die Möglichkeit, dschihadistische Gruppen über die Türkei besser zu kontrollieren und Spannungen zwischen zwei NATO-Mitgliedern, den USA und der Türkei, zu vertiefen.

Ab 2017 wurde diese Kooperation im sogenannten Astana-Format institutionalisiert. Neben der Türkei und Russland beteiligte sich auch Iran, ein weiterer zentraler Unterstützer des

4– Akdoğan, Y. (2013) „PYD Üzerinden Stratejik Rol Tahayyülü“, *Star*, <https://www.star.com.tr/yazar/pyd-uzerinden-stratejik-rol-tahayyulu-yazi-782576/>

5– Artigercek (2018) „Rusya Hava Sahasını Açması İHA Bile Kaldıramazdı“, <https://artigercek.com/guncel/rusya-hava-sahasini-acmasaydi-ih-a-bile-kaldiramazdik-51921h>

Baath-Regimes, an diesem Prozess. Offiziell ging es um die Einrichtung von „Deeskalationszonen“ und die Vorbereitung einer politischen Lösung für Syrien.

In der Praxis blieb das Astana-Format jedoch von erheblichen Spannungen geprägt. Insbesondere die Türkei erfüllte ihre Zusagen zur Kontrolle dschihadistischer Gruppen in Idlib nur unzureichend. Dort festigte die HTS schrittweise ihre Macht. Immer wieder kam es zu lokalen Gefechten zwischen syrischen Regierungstruppen und von der Türkei unterstützten Milizen.

Auffällig war dabei die widersprüchliche Haltung der USA. Während Washington in Bezug auf die SDF und die Kurden in scharfem Widerspruch zur Türkei stand, näherten sich beide Seiten in der Frage Idlibs deutlich an. Der Grund dafür lag auf der Hand: Ein vollständiger Sieg des Assad-Regimes in Idlib hätte bedeutet, dass Damaskus – mit Unterstützung Russlands und Irans – nahezu das gesamte syrische Staatsgebiet außerhalb der kurdisch kontrollierten Regionen zurückerobert hätte. Damit wären sowohl die US-amerikanische als auch die türkische Präsenz in Syrien erheblich stärker in Frage gestellt worden.

Diese Konstellation zeigte sich besonders deutlich im Februar 2020. Nach russischen Luftangriffen, bei denen türkische Soldaten getötet wurden, erklärte der damalige US-Sondergesandte für Syrien, James Jeffrey, die USA wollten die Türkei „so weit wie möglich unterstützen“.⁶

Bereits zuvor hatte Jeffrey mit Aussagen zur HTS für Aufmerksamkeit gesorgt. Er erklärte, die Gruppe sei zwar ein direkter Ableger von al-Qaida und werde offiziell als Terrororganisation eingestuft. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass sie sich derzeit vor allem auf den Kampf gegen das Assad-Regime konzentriere. Man habe in jüngerer Zeit keine Hinweise darauf gesehen, dass HTS eine internationale Bedrohung darstelle.⁷ Diese Einordnung machte deutlich, dass die Gruppe unter bestimmten Bedingungen als taktisches Instrument in Betracht gezogen wurde.

Diese Einschätzung bestätigte sich mit den weiteren Entwicklungen. Der russische Fokus auf den Ukraine-Krieg band erhebliche militärische

und politische Ressourcen. Parallel dazu schwächten die israelischen Angriffe ab Oktober 2023 auf Gaza und auf Kräfte der sogenannten „Achse des Widerstands“ den Rückhalt des syrischen Regimes. In dieser Situation kam es zu einem raschen Zerfall der staatlichen Strukturen in Syrien.

Der Machtwechsel erfolgte schließlich unter entscheidender Mitwirkung der HTS. Die Organisation, die über Jahre hinweg von westlichen Geheimdiensten und regionalen Akteuren aufgebaut, trainiert und ausgerüstet worden war, übernahm die Kontrolle über zentrale Machtzentren. Damit wurde ein Prozess abgeschlossen, der lange vorbereitet worden war.

Das Rojava-Dilemma im „Prozess“

Am 1. Oktober 2024, zum Beginn des neuen parlamentarischen Jahres, sorgte der Vorsitzende der MHP und Koalitionspartner der Regierung, Devlet Bahçeli, für Aufmerksamkeit, als er Abgeordneten der kurdischen DEM-Partei öffentlich die Hand reichte. Wenige Wochen später, am 22. Oktober, ging Bahçeli einen Schritt weiter. In einer direkten Ansprache forderte er Abdullah Öcalan dazu auf, öffentlich zu erklären, dass der „Terror vollständig beendet“ und die Organisation aufgelöst sei. Sollte Öcalan diese „Entschlossenheit“ zeigen, könne – so Bahçeli – der Weg für eine gesetzliche Regelung zur Nutzung des sogenannten „Rechts auf Hoffnung“ vollständig geöffnet werden.⁸

Diese Intervention erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem sich die regionalen Machtverhältnisse bereits spürbar zu verschieben begannen. Noch bevor es in Syrien zu einem formalen Regimewechsel kam, hat-

ten sich die israelischen Angriffe von Gaza ausgehend auf den Libanon, Syrien und Iran ausgeweitet. Diese Eskalation wurde in Ankara als Faktor wahrgenommen, der das regionale Gleichgewicht verändern konnte. Zugleich wuchs die Einschätzung, dass ein erneuter offener Konflikt mit den Kurden für die Türkei erhebliche Risiken bergen würde.

In genau dieser Phase nahm Präsident Erdoğan in Kasan als „Beobachter“ am BRICS-Gipfel teil. Dort führte er Gespräche mit dem russischen Präsidenten Putin. Im Anschluss erklärte Erdoğan öffentlich, man habe mit Putin sowohl die eigene Position als auch die Erwartungen der Türkei erörtert. Russland sei aufgefordert worden, bei der Vermittlung eines direkten Kontakts zwischen Ankara und dem syrischen Präsidenten Assad eine aktive Rolle zu übernehmen.⁹

Die türkische Regierung verfolgte damit eine doppelte Strategie. Einerseits forderte sie mit Blick auf Öcalan die vollständige Entwaffnung und Auflösung der kurdischen bewaffneten Strukturen. Andererseits bereitete sie parallel den Boden für eine neue militärische Intervention in Rojava, indem sie auf eine „Normalisierung“ der Beziehungen zum Assad-Regime setzte. Ähnlich wie während des sogenannten „Friedensprozesses“ hing auch diese neue Phase entscheidend von der Lösung des „Rojava-Knotens“ ab.

Denn aus Sicht der Regierung eröffnete eine Entschärfung dieses Knotens mehrere Optionen zugleich. Sie hätte nicht nur das Risiko reduziert, dass sich regionale Konflikte direkt gegen die Türkei richten. Sie hätte es Ankara zugleich ermöglicht, einen unter eigener Kontrolle stehenden „Lösungsprozess“ zu nutzen, um die Kurden in die eigenen regionalen Expansionspläne einzubinden.

6– Deutsche Welle (DW) (2020): „Die Idlib-Diplomatie in Ankara intensiviert sich“ (türkisch), online verfügbar unter: <https://www.dw.com/tr/ankarada-i%C3%97dlib-diplomasisi-yo%C4%9Funla%C5%9F%C4%B1yor/a-52344951>

7– BBC Türkçe (2020): „US-Sondergesandter für Syrien James Jeffrey: 700.000 Menschen bewegen sich in Idlib in Richtung türkische Grenze“ (türkisch), online verfügbar unter: <https://www.bbc.com/turkce/haberler-dunya-51314788>

8– Deutsche Welle (DW) (2024): „Bahçeli ruft Öcalan ins Parlament (TBMM)“ (türkisch), online verfügbar unter: <https://www.dw.com/tr/bah%C3%A7eliden-i%C3%B6calana-tbmm-i%C3%A7in-%C4%B1s%C4%B1s%C4%B1s/a-70565160>

9– Präsidialamt für Kommunikation der Republik Türkei (2024): „Präsident Erdoğan beantwortet nach seiner Tatarstan-Reise Fragen von Journalist:innen“ (türkisch), online verfügbar unter: <https://www.iletisim.gov.tr/turkce/haberler/detay/cumhurbaskani-erdogan-tataristan-ziyaretinin-ardindan-ucakta-gazetecilerin-sorularini-yanitladi>

Am 27. November 2024 leitete die HTS mit einem Angriff aus der Region Idlib die Einnahme Aleppos ein. Zeitgleich richteten sich die Angriffe der von der Türkei unterstützten SNA (Syrische Nationalarmee, Nachfolgeformation der FSA) auf Tel Rifat. Dieses Gebiet stand unter Kontrolle kurdischer Kräfte. Da die SDF ausschließlich östlich des Euphrats organisiert war, befanden sich westlich des Flusses in dieser Region PYD- und YPG-Einheiten.

Während die HTS nahezu ohne ernsthaften Widerstand Richtung Damaskus vorrückte, verlagerte die SNA – unter direkter politischer Steuerung aus Ankara – ihre Angriffe auf Schlüsselpositionen östlich des Euphrats. Ziel waren der Tısrin-Staudamm und die Karakozak-Brücke. Beide Orte hatten strategische Bedeutung. Der Tısrin-Staudamm stellt eine der wichtigsten Wasser- und Energiequellen der Region dar. Die Karakozak-Brücke ist einer der zentralen Zugänge nach Kobanê.

Ein Durchbruch an dieser Verteidigungslinie hätte es der Türkei und der SNA ermöglicht, weiter in die von der SDF kontrollierten Gebiete östlich des Euphrats vorzurücken. Dieses Szenario trat jedoch nicht ein. Einerseits verfügte die SDF über erhebliche militärische Kapazitäten. Andererseits organisierten die kurdische Bevölkerung und lokale Strukturen eine faktische Mobilisierung. Durch Mahnwachen und dauerhafte Präsenz an den strategischen Punkten konnte der Vormarsch gestoppt werden.

Nach dem Aufruf Öcalans vom 27. Februar zur Selbstauflösung der PKK und zur Niederlegung der Waffen sowie nach der am 10. März unterzeichneten „Integrationsvereinbarung“ zwischen der Übergangsverwaltung der HTS und der SDF kam es auch in diesem Gebiet zu einer formellen Waffenruhe zwischen SNA und SDF.

Dass die Erdoğan-Regierung und die von ihr unterstützten Milizen ihre Angriffe einstellten, hatte jedoch nicht nur mit diesen Vereinbarungen zu tun. Eine entscheidende Rolle spielte auch das Interesse Ankaras, in der neuen Phase eine direkte Konfrontation mit den USA zu vermeiden.

Nach dem Treffen von US-Außenminister Marco Rubio, dem syrischen Außenminister Şeybani und dem türkischen Außenminister Hakan Fidan wurde deutlich, dass die Einbindung der neuen HTS-geführten Übergangsregierung in den US-amerikanischen Macht- und Sicherheitsrahmen mit konkreten politischen Erwartungen verbunden ist. In diesem Zusammenhang erklärte Fidan:

„Wenn die Probleme hier nicht sorgfältig gemanagt werden, besteht die Gefahr, dass Schwierigkeiten im Hinblick auf die territoriale Integrität des Landes entstehen (...) Es ist wichtig, dass die Amerikaner diese Realität verstehen.“¹⁰

Diese Aussage macht deutlich, dass die türkische Regierung im Gegenzug für die Einbindung der HTS-Regierung in den US-amerikanischen Block erwartet, dass kurdische Autonomieforderungen ebenso wie jene der Drusen im Süden Syriens (Suweida) politisch unterdrückt werden. Fidan formuliert damit eine implizite Warnung: Sollte dieser Erwartung nicht entsprochen werden, drohe – aus Sicht Ankaras – eine Gefährdung der territorialen Einheit Syriens.

Zugleich weist diese Erklärung darauf hin, dass die Auseinandersetzungen um Autonomie, Integration und Machtverteilung in Syrien keineswegs abgeschlossen sind. Vielmehr signalisiert sie, dass die politischen Verhandlungen und Machtkämpfe um die zukünftige Ordnung Syriens – insbesondere in Bezug auf die Kurden und andere ethnisch-religiöse Gemeinschaften – fortgesetzt und weiter zugespitzt werden.

Statt einer Lösung: Ein „Prozess“ – Zwischen Kalkülen, Erwartungen und Unsicherheiten

Von den Oslo-Gesprächen 2008–2011 über den sogenannten „Lösungsprozess“ 2013–2015 bis hin zum Ende 2024 erneut eingeleiteten „Prozess“ zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Die jeweiligen Initiativen des Erdoğan-Regimes zur „Lösung“ der Kurdenfrage wurden weniger von einem innergesellschaftlichen De-

mokratisierungswillen bestimmt als vielmehr von regionalen Entwicklungen im Nahen Osten. Entscheidend waren dabei stets die außenpolitischen Zielsetzungen der türkischen Regierung sowie die Interessen der von ihr vertretenen monopolkapitalistischen Fraktionen. Im Zentrum stand dabei immer die Frage, ob und in welchem Ausmaß der fortgesetzte Konflikt mit den Kurden Risiken für die eigenen regionalen Ambitionen erzeugt – oder ob sich diese Risiken politisch nutzen lassen. Innen- und Außenpolitik waren dabei eng miteinander verflochten.

Während in der Oslo-Phase vor allem die Entwicklungen im Irak (insbesondere der Baker-Hamilton-Bericht) und die Ausschaltung der PKK als regionale Militärmacht im Vordergrund standen, rückte in den beiden späteren Phasen ein anderes Ziel ins Zentrum: die Zerschlagung oder zumindest nachhaltige Schwächung der kurdischen Selbstverwaltung in Rojava sowie ihrer militärischen Strukturen YPG/SDF. Aus Sicht der türkischen Führung ist eine „Lösung“ der Kurdenfrage nur dann möglich, wenn die politischen und militärischen Errungenschaften der syrischen Kurden entweder beseitigt oder so weit eingeschränkt werden, dass sie keine Vorbild- und Rückwirkung auf die Kurden in der Türkei entfalten können.

Daraus darf jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass der von Abdullah Öcalan initiierte Prozess zur Entwaffnung der PKK politisch unbedeutend wäre. Im Gegenteil: Bekanntlich wurden im türkischen Parlament Vorbereitungen für gesetzliche Regelungen getroffen, und auch die Einsetzung einer entsprechenden Kommission ist erfolgt. Dennoch unterscheidet sich die aktuelle Situation grundlegend von früheren Phasen, etwa von der Zeit, in der die Existenz einer kurdischen Autonomieregion im Nordirak noch als „rote Linie“ galt. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass die Bewegung in Rojava strukturell Teil des KCK-Systems ist und ihre Kader in weiten Teilen aus der PKK hervorgegangen sind. Aus diesem Grund ist

10–Indytürk (2025): „Außenminister Fidan: Die territoriale Einheit Syriens ist unsere grundlegende Priorität (türkisch)“, online verfügbar unter: <https://www.indyturk.com/node/767923/haber/dısisleri-bakanı-fidan-suriyenin-bütünlüğü-temel-önceliğimiz>

die türkische Regierung nicht bereit, substanzielle Schritte zur politischen und sozialen Integration der PKK-Kämpfer oder zur Freilassung politischer Gefangener zu unternehmen, solange ihre sicherheitspolitischen Sorgen in Bezug auf Rojava nicht ausgeräumt oder zumindest deutlich reduziert sind.

Der Sturz des Assad-Regimes hat nicht nur den Einfluss des Iran, sondern auch die regionalen Positionen Russlands und Chinas geschwächt. Die USA nutzen diese Verschiebung gezielt, um neue Machtachsen zu etablieren. Selbst die Rivalität zwischen der Türkei und Israel wird dabei instrumentalisiert, um den Einfluss konkurrierender Mächte weiter einzudämmen. Ziel dieser Strategie ist es, Syrien dauerhaft in die Abraham-Ordnung – also in das Bündnissystem zwischen Israel und den arabischen Regimen – zu integrieren. Die Aufnahme der HTS-Regierung in die Internationale Koalition gegen den IS sowie die geplante Integration der von den USA unterstützten SDF in die neue syrische Armee sind zentrale Bausteine dieses Vorhabens. Dass dieser Prozess unter direkter US-Kontrolle erfolgt, schränkt zugleich die Möglichkeiten des Erdoğan-Regimes erheblich ein, militärisch oder politisch gegen die syrischen Kurden vorzugehen. Washington und Tel Aviv setzen in Syrien bewusst auf ein Machtgleichgewicht zwischen der HTS-Führung und den Kurden, weil dieses Modell ihren strategischen Interessen besser dient. Gleichzeitig erhöht diese Konstellation die Abhängigkeit Ankaras von den USA.

Dennoch darf nicht ausgeschlossen werden, dass es zu erneuten Brüchen kommt – insbesondere dann, wenn diese US-Strategie die regionalen oder innenpolitischen Kalküle des Erdoğan-Regimes zu stark untergräbt.

Die Aussage des US-Sondergesandten Tom Barrack, Präsident Trump habe „das Schachbrett komplett verändert“ und es werde „von der Kaspischen See bis zum Mittelmeer eine neue Kooperation entstehen“, verdeutlicht den geopolitischen An-

spruch dieser Politik.¹¹ Die geplante Öffnung des sogenannten „Trump-Korridors“ Zangezur-Route im Rahmen des Aserbaidzhan-Armenien-Abkommens steht exemplarisch für diesen Ansatz. Gleichzeitig wäre es illusionär anzunehmen, dass Russland – trotz erlittenem Einflussverlust – oder China, das im Rahmen der Neuen Seidenstraße mit mehr als zwanzig Staaten der Region vertraglich verbunden ist, diese Entwicklung kampflos hinnehmen werden.

Für den aktuellen „Prozess“ bedeutet das: Er beschränkt sich keineswegs auf die Beziehungen zwischen dem türkischen Staat und PKK bzw. SDF. Seine Stabilität hängt ebenso von der Position des Iran, der russischen Militärpräsenz in Syrien, von Chinas strategischen Interessen sowie von den Dynamiken innerhalb der Golfstaaten und der Autonomieregierung im Nordirak ab. All diese Faktoren machen den Prozess hochgradig fragil und unberechenbar.

Hinzu kommt, dass das US-amerikanische Syrien-Projekt auf der Zusammenarbeit mit einer dschihadistisch-sektiererischen Kraft wie HTS basiert. Die bestehenden Spannungen zwischen dieser Führung und den Kurden, den Drusen sowie insbesondere den arabischen Alawiten lassen sich nicht einfach durch diplomatische Vereinbarungen neutralisieren. Die anhaltenden Gewaltmeldungen aus verschiedenen Landesteilen Syriens unterstreichen diese Realität.

Abschließend bleibt festzuhalten: Ein Staat, der seine eigene Kurdenfrage auf der Grundlage nationaler Gleichberechtigung, demokratischer Rechte und friedlicher Koexistenz gelöst hätte, müsste die politische und militärische Selbstorganisation der syrischen Kurden nicht als Bedrohung begreifen. Im Gegenteil: Eine solche Lösung würde den imperialistischen Mächten und den regionalen reaktionären Kräften die Möglichkeit nehmen, den Konflikt für eigene Interessen zu instrumentalisieren. Das zentrale Hindernis für eine demokratische und friedliche Entwicklung ist daher nicht die Existenz der SDF oder der kurdischen

Selbstverwaltung, sondern der Versuch des türkischen Präsidialsystems, diesen „Prozess“ zur Absicherung regionaler Expansionspolitik und zur Stabilisierung autoritärer Herrschaft im Inneren zu nutzen. Eine echte Alternative zu imperialistischer Einflussnahme und regionaler Reaktion kann nur entstehen, wenn Arbeiterklasse und unterdrückte Bevölkerungsgruppen ihre Kämpfe über nationale, ethnische und konfessionelle Grenzen hinweg verbinden – für eine demokratische, säkulare und friedliche Zukunft im eigenen Land und in der gesamten Region.

Yusuf Karadağ, Januar 2026

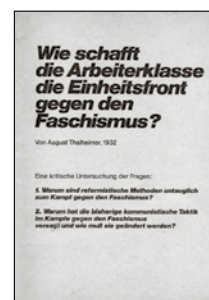


teori ve eylem,
Zeitschrift für
sozialistische Theorie
und Politik erscheint
in der Türkei (<https://teoriveeylem.net>).
Unter <https://theorieundpraxis.org>
werden viele Artikel auf
deutsch veröffentlicht.

Anzeige

August Thalheimer:

**Wie schafft die Arbeiterklasse
die Einheitsfront gegen den
Faschismus?**



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

11–Indyturk (2025) „US-Botschafter in Ankara Barrack: Die Türkei und Israel werden keinen Krieg führen“ (türkisch), <https://www.indyturk.com/node/767442/haber/abd%E2%80%99nin-ankara-b%C3%BCy%C3%BCKel%C3%A7isi-barrack-1%C3%BCrkiye-ve-i%C3%CC%87srail-sava%C5%9Fmayacak>

Chile

Die deutliche Niederlage

Teil 1

Liebe Leser*in, die Fußnoten und Quellenangaben diesen Artikels haben wir aus Platzgründen nur in der Onlineversion eingearbeitet: www.arbeiterstimme.org

Jeannette Jara hat Mitte Dezember die Stichwahl um die Präsidentschaft gegen den Rechtsradikalen Jose Antonio Kast von der Republikanischen Partei (PRCh) verloren. Die Kommunistin war Frontfrau eines Bündnisses, das von den Resten der Christdemokratie über die PPD, die Sozialisten, den Frente Amplio bis zur KP reichte. Im chilenischen Kontext ist das der linke Flügel der Gesellschaft, auch wenn das inhaltlich von neoliberalen Positionen der PPD bis zur konsequent reformorientierten Politik der Kommunisten reicht.

Jara konnte 41,8% der Wähler für sich mobilisieren, doch 58,2% stimmten für einen Kandidaten, der ein ungeklärtes Verhältnis zu den Verbrechen der Diktatur hat. Seine rechten Mitbewerber machten aus ihren Herzen keine Mördergrube. Evelyn Matthei, Tochter eines Generals der Militärjunta und Kandidatin der traditionellen Rechtsparteien, die zur Unterstützung der Diktatur gegründet wurden, verkündete: „In den Jahren 1973 und 1974 waren Todesfälle unvermeidlich, da wir uns in einem Bürgerkrieg befanden.“ Johannes Kaiser, der dritte im Bunde von

der National Libertären Partei (PLN), wollte da nicht zurückstehen. „Ohne Zweifel“ antwortete er auf die Fragen, ob er einen neuen Staatsstreich unterstützen würde, sollte es zu ähnlichen Umständen wie 1973 kommen.

Kast wollte sich an dieser Diskussion nicht beteiligen. „Unsere Position zu den Ereignissen vor 50 Jahren ist klar und bekannt.“ Bekannt ist von ihm ein Besuch beim berüchtigsten Folterknecht der Diktatur, Miguel Krassnoff, im Gefängnis. Dieser Häftling wurde von der Justiz in mehr als 80 Prozessen zu mehr als 1.000 Jahren Gefängnis verurteilt. In der Fernsehdebatte zwischen Kast und Jara wollte ersterer eine Amnestie nicht ausschließen und meinte: „Ich glaube nicht alle Sachen, die man über ihn sagt.“

Scheinbar im Kontrast dazu positionierte sich Franco Parisi von der Partei der Leute (PDG). Die PDG hat im politischen System Chiles die Christdemokratie ersetzt. Sie gilt als populistisch und viele ihrer Positionen sind rechts angesiedelt. Ihre Basis besteht aus gut verdienenden Minenarbeitern, also einem Teil der Arbeiterklasse. Deshalb finden sich bei ihr auch Forderungen, die von Linken aufgegriffen werden können, so die nach Senkung der Mehrwertsteuer für Medikamente. Das wurde später von Jara aufgegriffen.

Von der Diskussion über die Notwendigkeit von politischem Mord zur Bekämpfung der Linken grenzt

sich Parisi ab. „Im PDG und in meiner Präsidentschaftskandidatur unterstützen wir keinerlei Staatsstreich, keinerlei soziale oder politische Gewalt gegen demokratisch gewählte Regierungen.“ Das klingt nach einem klaren Bekenntnis zur Demokratie. Doch gleichzeitig sagte er: „Man muss auch daran erinnern, dass die Frente Amplio, die Kommunistische Partei und ihre Kandidatin Jara einen Versuch unterstützt, gefördert und sich daran beteiligt haben, eine andere demokratisch gewählte Regierung zu stürzen, wie es beim Desaster [während der Regierung] Piñera der Fall war. Und diese schreckliche, gewalttätige und feige Aktion vom Oktober 2019 wird von der Kandidatin Jara in vollem Umfang repräsentiert.“

Damit deutet er die soziale Explosion vom Oktober 2019 zu einem linken Putschversuch um. Das hat mit der Realität nichts zu tun. Es wird aber von einem nicht unbedeutenden Teil der Gesellschaft inzwischen so gesehen. Die Massenbewegung war spontan und führerlos, weshalb sie auch gescheitert ist. Doch Parisi argumentiert so ähnlich wie die den Putsch gegen Allende unterstützten Parteien. Sie unterstellten damals in einer vom Parlament mehrheitlich verabschiedeten Resolution, dass eine „schwere Verletzung der verfassungsmäßigen Ordnung“ vorliege. Daher riefen sie das Militär auf, für Abhilfe zu sorgen. Die Vorwürfe gegen die Regierung Allende hatten so viel Substanz



wie die heutigen Unterstellungen in Bezug auf die soziale Explosion. Daher stellt sich Parisi mit seiner Einordnung Jaras in die Tradition der Putschisten.

Doch so einfach ist das nicht. Dieses Segment der chilenischen Gesellschaft ist widersprüchlicher. Nach einer umstrittenen Umfrage innerhalb der PDG wünschten sich für die Stichwahl fast 80% einen Aufruf, ungültig zu wählen. Eine Empfehlung für Kast wollten 20% von ihrer Partei hören, aber nur 2% für Jara. Auf dieser Basis empfahl Parisi, ungültig zu wählen. Doch seine Wähler der ersten Runde folgten dem nicht. Unter der Voraussetzung, dass die Stimmen der unterlegenen rechten Kandidaten zu Kast gewandert sind, haben von den über 2,5 Millionen Anhängern Parisi deutlich mehr als die Hälfte in der Stichwahl für Jara gestimmt. Auch die Zahl derjenigen, die zu Kast wechselten, lag mit fast 30% deutlich über den Werten der innerparteilichen Umfrage. Die ungültigen Stimmzettel hatten sich zwar verdoppelt, doch der Zuwachs lag nur bei ca. 440.000 Stimmen.

In diesem widersprüchlichen Verhalten drückt sich die Klassenlage dieser Wähler aus. Ihre Weltanschauung ist von rechtem Denken durchdrungen, aber sie sind Teil der Arbeiterklasse. Damit haben sie andere Interessen, als sie von den klassischen rechten Parteien vertreten werden. Daraus folgt eine Schaukelpolitik, die der alten Christdemokratie nicht unähnlich ist.

Doch selbst wenn sich alle Wähler Parisi in Richtung Jara bewegt hätten, hätte sie die Wahl verloren. Addiert man die Ergebnisse aller Bewerber der ersten Runde unter Ausschluss der drei oben genannten rechten Kandidaten, kommt man auf 6.443.607 Stimmen. Addiert man die Zahlen der drei rechten Kandidaten liegt man bei 6.525.462 Stimmen. Damit liegt dieses Lager immer noch mit 81.855 Stimmen vorne.

Selbst bei Einbeziehung des rechten Flügels der Arbeiterklasse hätte Jara verloren, nicht so deutlich wie bei der realen Abstimmung, aber immer noch mit einem Abstand von ca. 80.000 Stimmen. Was ist also für den linken Flügel der Gesellschaft schief gelaufen?

Die Gründe für die Niederlage

Hier kommen mehrere Effekte zum Tragen, die in der Struktur der chilenischen Gesellschaft angelegt sind. Positive Veränderungen wurden immer von Kräften der rechten Mitte und der Linken getragen, unter stillschweigender Akzeptanz zumindest eines Teils der Rechten, so während der Volksfrontregierungen der 1940er Jahre. Auch Salvador Allende konnte nur mit den Stimmen der Christdemokraten sein Amt antreten. Es gibt Hinweise darauf, was der tatsächliche Grund für diese Unterstützung gewesen ist: nicht die Tradition oder eine Großzügigkeit, die heute gerne genannt werden, sondern der Wunsch, dass Allende die Teile seines Programms umsetzt, die mit dem ihren übereinstimmen. Das wichtigste war die Landreform. Als sie abgeschlossen war, schaltete die Christdemokratie auf Opposition und lebte ihren traditionellen Antikommunismus aus.

Viele Chilenen betrachten die ersten Regierungen der Concertación als eine gute Zeit. Das liegt daran, dass die Bedrängnisse durch die Diktatur weggefallen waren. Daneben beschränkte die Reformpolitik der chinesischen KP relativ hohe Wachstumsraten. Ab da konnte Chile seine Rohstoffe zu guten Preisen auch nach Asien verkaufen. Die damaligen Regierungen wurden von Präsidenten der rechten Mitte (Christdemokraten) oder der PPD (Mitte) geführt. Sie eckten bei den Besitzern der Produktionsmitteln nicht an, da sie das von der Diktatur geerbte neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nur optimierten, aber nicht in Frage stellten.

Erst unter der sozialistischen Präsidentin Bachelet leitete man eine vorsichtige Kurskorrektur ein. Das wurde notwendig, da der Rückhalt dieser Regierungen in der Bevölkerung sank. Trotz der guten Wirtschaftsdaten kam nur sehr wenig bei den unteren Schichten an. So war man gezwungen, die KP Schritt für Schritt in die Wahlbündnisse einzubeziehen. Das schmeckte der Basis der rechten Mitte nicht. Das Ergebnis war der Zerfall der Christdemokratischen Partei.

Auch die Sozialisten wurden vom gesellschaftlichen Unbehagen nicht verschont. Als Folge der Studenten-

bewegung von 2011 gründeten sich neue Organisationen, die sich aus ihrem sozialen Segment speisten. Sie bildeten das inzwischen zur Partei gewordene Wahlbündnis Frente Amplio.

Parallel zu den Veränderungen auf der politischen Ebene stieg die Zahl der Nichtwähler rasant an. Das wurde von oben toleriert. Es herrschte zwar Wahlpflicht, sie wurde aber nicht konsequent durchgesetzt. Am Ende dieser Entwicklung schaffte man sie im Jahr 2012 ganz ab. Das führte bei den Wahlen von 2021 zu einer Beteiligung von um die 50 Prozent. Auch die Volksabstimmung, ob Chile eine neue Verfassung braucht, hat nicht mehr Menschen mobilisiert.

Es gibt eine weitere chilenische Eigenheit, die man nicht vergessen darf. Ist die Rechte an der Regierung, beginnt ein Teil ihrer Basis, sich gegen ihre Politik zu wenden. Das war schon während der Militärdiktatur so. Zum ersten Nationalen Protesttag hatte ein christdemokratischer Gewerkschaftsführer aus einer Kupfermine aufgerufen. Diese Beschäftigten hatten 10 Jahre vorher gegen Allende gestreikt. Daraus beziehen diese Bewegungen ihre Kraft. Es finden Teile der Gesellschaft zusammen, die sich normalerweise aus dem Weg gehen. Doch die konsequente Linke begeht in diesen Situationen einen folgenreichen Fehler. Sie denkt, dass diese von rechts kommenden Menschen zu ihnen übergelaufen sind. Doch das stimmt nicht. Es handelt sich weiter um Menschen mit einer rechten Grundeinstellung, die sich nur gerade im Gegensatz zur Politik „ihrer“ Regierung befinden. Diese Fehleinschätzung führte in der Endphase der Diktatur zur Isolierung der radikalen Linken. Die KP hat fast 10 Jahre benötigt, um sich aus dieser Lage wieder herauszuarbeiten.

Ähnliches passierte nach der sozialen Explosion von 2019. Sie richtete sich gegen die Regierung des gemäßigten rechten Sebastián Piñera. Auch damals ist ein Teil der rechten Basis auf die Straße gegangen. Sie war mit ihrer wirtschaftlichen Lage nicht zufrieden. Die Regierung konnte oder wollte ihre Probleme nicht sehen und noch weniger etwas dagegen machen. Das hat sie empört.

Der Politikwissenschaftler Marcelo Espinoza weist auf eine Veröf-

fentlichung des Nationalen Instituts für Statistik für das Jahr 2020 hin und schreibt: „Diese Studie informiert über Lohnunterschiede nach Einkommenssegmenten: 22% der Bevölkerung beziehen hohe Einkommen, 25% mittlere und 53% niedrige. Das untere Segment, das die Mehrheit ausmacht, weist Löhne von 528.000 Pesos [ca. 598,- €] (Arbeiter) auf, die bis auf 380.000 Pesos [ca. 430,- €] (Hausangestellte und andere) absinken. Die Daten zeigen eine Situation prekärer Einkommen in der Hälfte der Bevölkerung; dies ist die Realität des Landes vor und nach den sozialen Unruhen.“ Dazu ist anzumerken, dass viele Dinge in Chile, gerade in den Ballungszentren, wo die Mehrheit der Menschen lebt, nicht viel weniger kosten als in Deutschland.

Diese Zahlen zeigen, wo die Menschen der Schuh drückt. Das waren aber nicht die Themen, die im ersten Verfassungskonvent die Diskussion bestimmten. Die rechten Menschen regten sich z.B. darüber auf, dass die privaten Rentenversicherungen, zu denen sie das Gesetz zwingt, die Verluste an den Börsen immer komplett von ihren Rentenkonten abziehen. Geht es aber wieder aufwärts, wirkt sich das nicht im gleichen Maße positiv für sie aus. Weil sie es gar nicht mehr anders kennen, führt das nicht zu einer Infragestellung der kapitalgedeckten Rentenversicherung. Sie betrachten sie in etwa so, wie man in Deutschland sein Sparkonto sieht.

Das wurde im Text des ersten, linken, Verfassungsentwurfs auch berücksichtigt. Aber wegen der großen Zahl an Minderheitenthemen, die im Verfassungskonvent diskutiert wurden, konnte die Rechte den von der Fahne gehenden Teil ihrer Basis wieder einfangen. Das basierte vor der Abstimmung über diesen Entwurf auch auf einer Lügenkampagne. Die Konzernmedien transportierten sie gerne in die privaten Wohnzimmer. Das Scheitern bei dieser Abstimmung lag aber auch an der Änderung der Spielregeln.

War die Rechte auf die soziale Explosion vorbereitet?

Fragt man in Chile Linke, von Sozialisten über Anhänger der Frente Amplio bis zu Kommunisten, warum ihrer Meinung nach die soziale Explosion gescheitert ist, bekommt man einhellig zur Antwort: „Weil es an Führung fehlte!“ Teilt man ihnen seine Verwunderung darüber mit, da Roberto Thieme Jahre davor eine soziale Erhebung prophezeit hatte, erinnern sich manche sogar an seine entsprechenden Interviews. Doch warum das auf ihrer Seite niemand zur Kenntnis genommen hat, können sie nicht sagen.

Thieme war während der Regierung Allende der Generalsekretär von Patria y Libertad. Diese radikale antikommunistische Organisation

hatte die Destabilisierung des Landes mittels Straßenkämpfen und Anschlägen zum Ziel. Am Ende seines Lebens, er ist 2023 gestorben, bezeichnete er sich als radikalisierten Nationalisten. Das hat ihn zu Positionen geführt, die auch von Linken vertreten werden. „Ich träume weiterhin davon, die verlorene Republik wiederherzustellen und ein politisches, wirtschaftliches Modell zu etablieren, das sozial gerecht, entwicklungsorientiert, unabhängig, souverän und regional in das südamerikanische Große Vaterland integriert ist.“

Im einem Interview, das bei youtube leider nicht mehr gelistet ist, erläuterte er der Erinnerung nach, dass sich in den Streitkräften viele von den ökonomischen Beratern der Diktatur über den Tisch gezogen fühlen. Für konservative nationale Offiziere ist die Auslieferung Chiles an den Weltmarkt nicht zu akzeptieren. Auch würden sich die Streitkräfte nicht mehr für andere die Hände mit Blut besudeln wollen.

Denkt man an den General, der nach der Erklärung des Ausnahmezustands durch Piñera die Hauptstadt befehligte, verhielt er sich im Rahmen des von Thieme vorhergesagten. Während sich Piñera im „Krieg gegen einen mächtigen Gegner“ sah, verweigerte ihm dieser Offizier auf indirekte Weise den Gehorsam. „Die Wahrheit ist, ich befinde mich nicht im Krieg, gegen Niemanden.“ In den Streitkräften hatte man sich offensichtlich auf die-



Oktober 2019, Santiago

se Situation vorbereitet. Man schickte, wie vom Präsidenten angeordnet, die Soldaten auf die Straßen. Doch die Repression überließ man den Carabineros, einer Polizeieinheit.

So wie sich die Militärs auf diesen Fall vorbereitet hatten, haben das vermutlich auch die rechten Denkfabriken gemacht. Mit dem Zugeständnis einer Verfassungsgebenden Versammlung beruhigte man die Straße. Aber durch die Regeln, die man in den entsprechenden Gesetzen verankerte, schuf man die Basis, diesen Prozess effektiv zu bekämpfen.

Sowohl die Volksabstimmung über das Ja oder Nein zu einer neuen Verfassung wie auch die Wahl der Delegierten zur ersten Verfassungsgebenden Versammlung fand ohne Wahlpflicht statt. Erstere wurde von den Gegnern des aus den Zeiten der Diktatur stammenden Grundgesetzes haushoch gewonnen. Damit dachten viele, dass sich die progressive Opposition auf der Siegesstraße befindet. Sie übersahen, dass sich die Hälfte des Landes gar nicht zu Wort gemeldet hatte.

Für die Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung wurde die Möglichkeit eingeräumt, dass in den Wahlkreisen lokale Initiativen Listen einreichen konnten. Das wurde ausgiebig genutzt. Diese Kräfte gewannen sehr viele Mandate. Das führte in der Arbeit der Versammlung zu einer großen Planlosigkeit, weil jeder sein spezielles Interesse in den Mittelpunkt stellte.

Das Chaos lieferte genügend Anschauungsmaterial, um die schlafende Hälfte des Landes gegen diese Versammlung in Rage zu bringen. Bei der Volksabstimmung über das von ihr erarbeitete Dokument galt wieder die Wahlpflicht. Im Vorfeld wurde der Bevölkerung deutlich gemacht, dass Wahlenthaltung jetzt tatsächlich sanktioniert wird. Damit prügelte man alle, die sich in den letzten Jahren nicht mehr in den Wahllokalen haben sehen lassen, zur Stimmabgabe. Durch die Medien entsprechend beeinflusst, wurde der Entwurf von mehr als 60% abgelehnt.

Dem schloss sich ein zweiter Versuch an. In dieser Versammlung hatten die traditionelle Rechte und die Rechtsradikalen vom PRCh die Mehrheit. Das lag am geänderten Wahlrecht und weil ein Teil der Linken zum un-

gültig Wählen aufgerufen hatte. Diese Versammlung schrieb einen Entwurf, der die bestehende Verfassung sowohl ökonomisch in Richtung Neoliberalismus wie in Sachen konservativer Werte verschärfte. Dafür fand sie aber keine Mehrheit.

Indirekt ist mit diesem Verlauf das vorhandene Grundgesetz legitimiert worden. Für das progressive Lager bedeutete das eine deutliche Niederlage. Nur noch wenige trauen sich, an eine Verfassungsänderung auch nur zu denken. Das zeigt eine Episode aus dem Vorwahlkampf. Als in einem Interview Lautaro Carmona, der Präsident der Kommunistischen Partei, sich wünschte, dass Jara einen neuen Verfassungsprozess anstoßen könnte, reagierte sie pikiert. *„Wenn ich zur Präsidentschaftskandidatin gewählt werde [Das war vor den Vorwahlen. E.B.] und dann Präsidentin bin, werde ich die Regierung als Präsidentin führen.“* Später stellte sie klar, dass eine neue Verfassung nicht zu ihrem Regierungsprogramm gehören wird.

War das Verhältnis zu China ausschlaggebend?

Wie man sieht, haben die Herrschenden die letzte Runde der sozialen Auseinandersetzungen klar gewonnen. Da fragt man sich, warum ihnen das nicht genug war. Die wiederhergestellte Ruhe im Land hätte sich mit einem gemäßigt rechten Staatschef besser konservieren lassen; eine Rolle, maßgeschneidert für Evelyn Matthei. Sie kommt aus dem Herzen der Diktatur, hat sich aber in deren Strukturen für das Akzeptieren des Nein eingesetzt, als man über einen Selbstputsch nachdachte. Als Politikerin weiss sie, dass man eine Gesellschaft nicht wie ein Unternehmen führen kann. Das sind Qualifikationen, die ihren rechten Mitbewerbern fehlen.

Für diese Sicht spricht auch das Verhalten von Juan Sutil. Er war während des ersten Verfassungskonvents Präsident der CPC, das ist der Dachverband der chilenischen Unternehmerschaft. Anfang August, als die Umfragen für Matthei nach unten gingen, trat er in ihren Wahlkampfstab ein. Sutil beteiligt sich natürlich an der Weißwäsche der Militärregierung: *„Für mich war es keine Diktatur.“* Auch behauptet er, zu wissen, dass die soziale Explosion *„geplant und finanziert*

wurde“. Doch grenzte er Mattheis Kandidatur mit einem Verweis auf ihre Fähigkeiten von ihren direkten Mitbewerbern ab: *„Evelyn Matthei steht für eine verhandlungsbereite Rechte.“*

Warum hat sich trotzdem eine Person wie Kast durchgesetzt? Dafür sind zwei Gründe wahrscheinlich. Dabei kann das außenpolitische Kräfteverhältnis, in dem Chile agieren muss, die innenpolitischen Gründe radikalisiert haben.

Der außenpolitische Aspekt dieser Wahl ist das Verhältnis zu China. Eigentlich ist die Regierung Boric auf Anti-China-Kurs. Sie kann es aber nicht so laut sagen, weil ihre Basis da gespalten ist. Ihre Handlungen sprechen aber eine deutliche Sprache. So stoppte sie Anfang 2026 das Projekt eines astronomischen Observatoriums zwischen einer chilenischen Universität und dem Nationalen Chinesischen Observatorium. Die Medien führen das auf einen Einspruch von Seiten der USA zurück. Der chilenische Außenminister nennt dagegen juristische und administrative Gründe.

Auch das chilenische Verhalten hinsichtlich der Lithiumvorkommen geht in diese Richtung. An der chilenischen Firma SQM, die sich unter anderem dem Abbau von Lithium widmet, besaß die chinesische Firma Tianqi Lithium knapp 24% der Aktien. Mit einer juristisch wohl legalen, aber sehr ungewöhnlichen, Vertragskonstruktion gründete SQM und der chilenische staatliche Minenkonzern Codelco eine Tochterfirma. In diese brachten beide Seiten ihre Lithiumaktivitäten ein. Das wurde auf eine Weise durchgeführt, bei der Tianqi Lithium um seine Rechte als Aktionär gebracht wurde. Nach Ansicht des chinesischen Forschers Lin Shuwen ist das für die asiatische Seite desaströs. *„Die Vereinbarung unterschiedlicher Rechte für dieselben Aktien verwässert das Kapital von Tianqi Lithium auf 6,6% und es wird bis 2031 auf 3,3% sinken. Infolgedessen wird sich der Rückfluss des von Tianqi Lithium investierten Kapitals über einen langen Zeitraum erstrecken.“*

Der Wissenschaftler beschreibt nur die ökonomische Seite der Angelegenheit. In der Regel kann ein Investor, der über 20% der Aktien verfügt, Entscheidungen der Firma blockieren. Mit dem oben beschriebenen Vorgehen hat Tianqui Lithium auch die Einflussnahme auf strategische Entschei-

dungen verloren. Gegenwärtig streitet man vor Gericht über die Rechtmäßigkeit dieses Joint Venture.

Nicht nur diese Episoden zeigen, dass das Verhältnis zu China im Hintergrund vieler Entscheidungen präsent ist. Vor der Stichwahl hat ein gewisser Carel Fleming mit Wohnort Washington DC im Onlinemedium Interferencia die Beziehungen der chilenischen Politik und Wirtschaft zu China analysiert. Der Text ist polemisch und seine beleidigende Sprache passt zu der vom gegenwärtigen US-Präsidenten. Anscheinend transportiert diese Veröffentlichung die Wünsche der nordamerikanischen Weltmacht.

Am Anfang postuliert der Autor, dass sich Chile zwischen China und den USA entscheiden muss. Dafür weist er auf die Vergangenheit. Während des Kalten Krieges hätten sich die Weltmächte die kleinen Länder aufgeteilt. Er ignoriert dabei, dass es damals auch die Blockfreien gab. Das Schicksal Chiles sei es, die Trophäe eines der beiden Länder zu werden.

Der Kandidatin Jara wirft er vor, dass in ihrem Umfeld zwei Richtungen koexistieren. Eine will die historischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten beibehalten. Die andere hätte stillschweigend Vereinbarungen mit China getroffen. *„Diese internen Spannungen lassen eine Amtszeit voll äußerem Druck und interner Debatten erwarten, die wichtige Entscheidungen lähmen könnten.“*

Kasts Seelenverwandtschaft mit Washington findet Beifall. Doch sein Wirtschaftssektor *„erkennt an, dass es selbstmörderisch wäre, sich von China zu trennen“*. Der chilenischen Rechten wirft Fleming vor, dass sie sich mit China prostituiert. Er weist auf das Unbehagen der ersten Regierung Trump mit diesem Umstand hin und erwähnt die Sanktionsmöglichkeiten der USA. Alles liege jetzt in den Händen von Brandon Judd, dem US-Botschafter in Chile mit einer MAGA Mentalität.

Auch eine tiefere Integration in den weltweiten US-Aufmarsch gegen China wird gefordert. *„Washington will in Bezug auf Ausbildung und Interoperabilität klarere Militärvereinbarungen.“*

Der Text endet mit einer Gegenüberstellung: auf der einen Seite die in einem moralisierenden Ton vorgetragene Behauptung einer chinesischen Korruption. Dagegen hätten sich die

USA in den letzten Jahrzehnten aus Lateinamerika zurückgezogen. *„Nun kehren sie zurück, um durch Sanktionen und Zölle Loyalität und Freundschaft einzufordern.“* Dem folgt: *„Die nächste chilenische Regierung muss sich entscheiden: Entweder sie werden mit chinesischen Bestechungsgeldern zu Millionären oder sie dürfen nie wieder Mickey Mouse besuchen, obwohl, mit ihren Kryptowährungen könnten sie ins Disneyland Shanghai fahren.“*

Auch die *Süddeutschen Zeitung* weiss von dieser Zwangslage. Sie stellt in groben Zügen den Inhalt eines Buches des Politikwissenschaftlers Francisco Urdinez von der Katholischen Universität in Santiago vor. Am Ende schreibt sie: *„Künftig dürfte Washington weltweit den Druck auf Länder wieder erhöhen, sich wirtschaftspolitisch für eine Seite – China oder die USA – zu entscheiden.“*

Wie zur Bekräftigung der Ansage von Fleming hat das US-Außenministerium Ende Februar drei Mitarbeiter der Regierung Boric sanktioniert. Sie wirft ihnen die Untergrabung der regionalen Sicherheit vor. Den USA missfallen Gespräche über den Bau einer Glasfaserverbindung zwischen Hong Kong und Valparaiso. Kein Wunder! Diese Leitung würde ihnen das Mitlesen der elektronischen Kommunikation erschweren.

Die Sanktionen betreffen nicht nur die drei Personen, sondern auch ihre direkten Angehörigen. Diese Aktion richtete sich gegen eine Regierung, die keinen Monat mehr im Amt sein sollte. Das ist ungewöhnlich. Betrachtet man es aber als das Vorzeigen der Folterwerkzeuge, bekommt die Sache einen Sinn. Dass genau dies beabsichtigt ist, zeigt der Inhalt der Bekanntmachung. Dort wird der zukünftigen Administration ganz unschuldig die Zusammenarbeit angeboten.

Hier kommt der zweite Grund für einen rechtsradikalen Präsidenten ins Spiel. Wie oben beschrieben, merkt nach einer Zeit ein Teil der rechten Basis, dass „ihre“ Regierung nicht in ihrem Sinne handelt. Sie könnte wie in der Vergangenheit ihren Ärger wieder auf die Straße tragen. Das ist um so wahrscheinlicher, wenn Chile in einen Wirtschaftskrieg gegen China einsteigt. Die von Fleming zitierten Unternehmer sehen das richtig. Das ist ökonomischer Selbstmord. Er hätte gravierende Auswirkungen

auf die Einkommen der arbeitenden Menschen. Das würde auf irgend eine Weise Widerstand hervorrufen. Da ist es für die Herrschenden beruhigend, dass sich das Land in den Händen einer Person befindet, die den Militärputsch von 1973 verteidigt.

Droht ein neues KP-Verbot?

In der chilenischen Geschichte ist es den Kommunisten immer schlecht ergangen, wenn sie eine tragende Rolle beim Zustandekommen einer Regierung gespielt haben. Das war bei Gabriel Gonzalez Videla, dem letzten Präsidenten der Volksfront in den 1940er Jahren der Fall, wie auch nach der Regierung Allende. Im ersten Fall wollte man die Partei mittels eines Verbots zerstören. Da das nicht gelungen ist, versuchte man es beim zweiten Mal mit der Ermordung vieler ihrer Aktivisten und mehrerer Inlandsleitungen. Allein wegen dieser chilenischen Tradition sollte die KP jetzt gut auf sich aufpassen. Geht die herrschende Klasse von einem kommenden Wirtschaftskrieg gegen China aus, ist die Gefahr noch größer.

Das könnte durch Anpassungsprozesse an die herrschende Meinung verhindert werden. Einige Kommunisten, die Funktionen in der Regierung Boric bekleidet haben, bewegen sich in diese Richtung, so auch Jara. Sie hat Schritt für Schritt die bürgerlichen Vorwürfe gegen Cuba und Venezuela übernommen. So stimmte die Kandidatin während des Wahlkampfes Vorwürfen zu, dass Cuba *„keine Demokratie“* ist. An anderer Stelle äußerte sie: *„Ich würde sagen, dass das in Venezuela eine Diktatur ist.“* Einige Monate früher klang das bei ihr noch differenzierter. Da sprach sie von Cuba als *„ein andersartige[s] demokratisches System“* und Venezuela bezeichnete sie als *„autoritäres Regime“*.

Dass diese Aussagen nicht dem Wahlkampf geschuldet waren, zeigte sich Anfang Januar. Bei einem kommunistischen Fest erklärte sie zum gerade stattgefundenen Überfall auf Venezuela: *„Mir gefällt nicht, was die Vereinigten Staaten getan haben“* jedoch *„gab es meiner Meinung nach in Venezuela eine Diktatur, und der Diktator war Maduro“*. Das ergänzte sie um folgende Aufforderung: *„Der Sektor, in dem ich aktiv bin, hat eine Aufgabe hinsichtlich der internationalen Beziehungen und wie sich die Einhaltung der*

Menschenrechte in allen Ländern fördern lässt.“ Damit positioniert sie sich rechts von Ray Dalio, dem Gründer von Bridgewater Associates. Das ist laut dem Klappentext eines seiner Bücher der weltgrößte Hedgefonds. In seiner Veröffentlichung schreibt er zu den unterschiedlichen Ansichten hinsichtlich der Menschenrechte: „Meiner Ansicht nach ist es zu schwierig, unangebracht und vermutlich sogar unmöglich, andere Menschen in anderen Ländern zu etwas zu zwingen, was nach ihrer tiefsten Überzeugung nicht gut für sie ist. Ob die Vereinigten Staaten den Chinesen Dinge aufzwingen können, oder China den Vereinigten Staaten, wird von den Machtverhältnissen abhängen.“

Jaras Einlassungen verändern diese Machtverhältnisse zugunsten der USA. Sie hält das für notwendig, damit Chile wieder vom progressiven Lager regiert werden kann, sprich, die prekäre Einkommensverteilung von einem „linken“ Präsidenten verwaltet wird. Ihre Ansichten sollen in der jungen Generation verbreitet sein. Für sie stehen Namen wie Camila Vallejo und Karol Cariola, das sind Menschen in der zweiten Hälfte ihrer 30er Jahre, Sie haben die Zeit der Diktatur nicht mehr bewusst erlebt. Dadurch können sie nicht nachvollziehen, zu welchen Maßnahmen linke Bewegungen gezwungen sein können, wenn sie sich dem Imperialismus nicht ergeben wollen.

Für die herrschende Klasse Chiles stellt sich die Frage nach der Zeit. Die Klärung dieser Frage hängt mit dem biologischen Generationswechsel zusammen. Der kann dauern. Andererseits könnte das medial verbreitete Bild eines Konfliktes Alt gegen Jung auch falsch sein. Ohne Jaras Namen zu nennen, hat ihr der ehemalige Abgeordnete Hugo Gutiérrez schon öffentlich widersprochen. Am Ende transformiert sich die KP gar nicht zu einem Zwilling der deutschen Linkspartei. Für die Herrschenden wäre eine Linienänderung der KP ein eleganteres Ende der gegenwärtigen Partei als ihr Verbot.

Sicherheitshalber wird aber schon heute am Aufbau einer passenden medialen Wirklichkeit gearbeitet. Nicht nur Parisi unterstellt der Linken, dass sie die soziale Explosion vom Oktober 2019 organisiert und angeleitet habe. Johannes Kaiser formuliert es schärfer: „Hier gab es Logistik, Anleitung und die Investitionen von Mitteln in das, was ein

Putschversuch gegen Präsident Piñera war.“ Dem fügt er an: „Hier gab es einen Plan für einen Staatsstreich gegen die Institutionen. Und wenn wir das nicht einsehen, sind wir dazu verurteilt, es wieder zu erleben, und beim nächsten Mal könnten wir vielleicht sogar unser Land verlieren.“

In einem Interview fordert er die Verfolgung der Kommunisten wegen ihres Agierens während der sozialen Explosion. Dabei ist er der Meinung, dass die Partei schon längst hätte verboten werden sollen.

Indirekt hat Eduardo Artés, der Präsidentschaftskandidat der Kommunistischen Partei-Proletarische Aktion, diesen Diskurs gestützt. Er war von Radio Pauta, einem Sender, der sich im Besitz einer Mitgliedsorganisation der CPC befindet, zum Interview geladen. Dort spricht man ihn auf seine Aussagen an, dass die Straße einen zukünftigen Präsidenten Kast nicht regieren lassen würde. Das bestätigt er und kündigt an: „Wir werden ihn nicht regieren lassen.“ Auf Nachfrage, wer mit dem „wir“ gemeint ist, macht er sich zum Sprecher der gesamten Linken, aus seiner Sicht durchaus berechtigt; für ihn ist Jara nur ein weiteres neoliberales Angebot. Doch die Öffentlichkeit summiert unter diesem „wir“ alle Organisationen, die sich irgendwie zur Linken zählen. Kombiniert mit der in Chile gerade verbreiteten Meinung, dass das Einwirken auf Entscheidungen der Regierung mittels Demonstrationen ein Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung darstellt, ist das in den Ohren der Mehrheitsgesellschaft die Ankündigung eines Staatsstreichs.

Anderer Medien baten Jara um eine Stellungnahme. Sie distanzierte sich davon. „Wir befinden uns in einem Land, in dem die Menschen entscheiden, wer ihr Präsident oder ihre Präsidentin sein soll, und für wen sich der Volkswille auch entscheidet, der muss respektiert werden.“

Pläne zum kommunistischen Aufstand findet die Rechte auch in der Wahlauswertung des Zentralkomitees der Partei. Arturo Squella, Präsident der PRCh, meint: „Jetzt wissen wir den Verantwortlichen, wenn auf der Straße Vermummte und Barrikaden zu sehen sind.“ Auch Kaiser blies ins selbe Horn: Er gab zum Besten, dass die KP „schon immer eine subversive Partei war, die ihre Bereitschaft nicht versteckt, Gewalt anzuwenden, um an die Macht zu kommen, die Nation zu destabilisieren, und die es

nicht interessiert, welchen Schaden sie dabei anrichtet.“

Was hatte die KP geschrieben, das solche Reaktionen rechtfertigte? Im Bericht des Zentralkomitees werden die kommenden Aufgaben genannt: „Insbesondere wird es wichtig sein, Höhepunkte einer breiten und einheitlichen Mobilisierung voranzutreiben, beispielsweise einen massiven 8. März, den 1. Mai und weitere, die nicht nur die Verteidigung spezifischer Rechte der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, sondern auch eine demokratische und soziale Antwort auf autoritäre und rückschrittliche Tendenzen sind.“ Doch die Partei wurde von ihren Bündnispartnern verteidigt. So wies Jaime Quintana, Präsident der PPD und damit zum rechten Flügel der Progressiven zählend, die rechten Interpretationen zurück.

Doch die frisch gewählte Abgeordnete Vanessa Kaiser, Schwester des Parteichefs, klagt: „Sie werden gegen uns in der Mitte der nächsten Legislaturperiode einen weiteren Staatsstreich durchführen ... Ich weiß nicht, wie wir da wieder herauskommen sollen, wenn wir keine weitreichende Justizreform haben und kein Vertrauen zwischen dem Staatsschef und den Streitkräften besteht.“ Sie terminiert ihre Prognose ungefähr auf den Zeitpunkt, wenn ein Teil der rechten Wählerschaft merkt, dass sich für sie nichts zum Positiven geändert hat.

Die damit geschaffene öffentliche Meinung erinnert an die Kampagne im Vorfeld des KP-Verbots von 1948. In seinen Erinnerungen wirft Gonzalez Videla der damaligen Partei einen treulosen Linienschwenk vor. Das sei auf Anweisung der Sowjetunion passiert. Doch treulos war Gonzalez Videla. Die Kommunisten hatten großen Anteil an seinem Wahlsieg. Zum Dank verbannte er sie in die Illegalität, warf Kommunisten ins Gefängnis oder zwang sie, wie den Schriftsteller Pablo Neruda, ins Exil.

Der Grund für das Verbot war folgender: Die KP hat sich während ihrer Regierungsbeteiligung nicht am Abwürgen von sozialen Mobilisierungen beteiligt. Ihr Einfluss in den Gewerkschaften hätte das ermöglicht und es war wohl auch so erwartet worden. Da das nicht geschah, unterstellte man einer Streikbewegung in den Kohlengruben, dass sie den Boden für einen revolutionären Putsch bereiten soll. Dafür machte man die Kommunisten verantwortlich und hat sie verboten.

Der Untergang Chiles

Seit der sozialen Explosion, manche nennen sie in Chile mit Absicht kriminelle Explosion, läuft eine Kampagne, nach der Chile in der Kriminalität versinkt. Richtig ist, dass sie in den letzten Jahren etwas zugenommen hat. Trotzdem ist das Land eines der sichersten in Lateinamerika. Im täglichen Leben stellt man keine Veränderung fest. Trotzdem fürchten sich fast alle. Die *Süddeutsche Zeitung* beschreibt das Ergebnis so: „Zwar ist das Land laut Statistiken kaum gefährlicher als die USA; die Chilenen schildern aber in Befragungen Zustände wie in Mexiko oder Ecuador, wo Verbrechen vielfach zum Alltag gehören. Fast ein Viertel der Befragten glaubt inzwischen, binnen Jahresfrist Opfer eines Totschlags werden zu können.“ Würde das stimmen, müsste es täglich mehr als 10.000 Morde geben. Der Vergleich zu den Zahlen von 2022 zeigt, wie irrational das ist. Damals gab es 6,7 Tötungsdelikte auf 100.000 Einwohner. Geht man von einer Bevölkerung von ca. 18 Millionen aus, ergibt das statistisch eine Zahl von 3,3 Ermordeten am Tag.

Die Kampagne auf Basis der Kriminalität wird von einer zweiten zum Thema Einwanderung begleitet. Dabei werden die Themen gerne verquickt. Die illegale Einwanderung als Quelle der Kriminalität. Durch das Auftauchen von Niederlassungen der organisierten Kriminalität aus Peru oder Venezuela lässt sich das gut verkaufen. Dabei fällt unter den Tisch, dass die Venezolaner mit Visa der Regierung Piñera gekommen sind. Das war eine Maßnahme rechter lateinamerikanischer Regierungen zur Destabilisierung dieses Landes.

Dass es sich um bewusste Manipulation handelt, zeigen die Veränderungen in der Berichterstattung nach dem rechten Wahlsieg. Im Zusammenhang mit der Reise des frisch gewählten Präsidenten Kast nach Ecuador hat man die Menschen subtil darauf hingewiesen, wie sicher Chile ist. Man veröffentlichte die Prognose der dortigen Institutionen, die für das Jahr 2025 von 47,7 Mordfällen auf 100.000 Einwohner ausgehen. Mit diesen Zahlen „besetzt Ecuador den 6. Platz unter den gefährlichsten Ländern der Welt“. Es ist zu erwarten, dass die Kriminalität aus dem Zentrum der Berichterstattung verschwinden wird. Die Menschen

werden sich sicherer fühlen und das der neuen Regierung zugute halten, auch wenn sich an den Zahlen wenig ändert.

Nicht nur mit der Duldung der Kriminalität und der Förderung der Zuwanderung soll die Linke das Land zerstört haben. Auch am Rückgang der Wachstumsrate soll sie schuld sein. Das Wachstum hat sich im Vergleich mit der Vergangenheit halbiert. Doch die 2,6% für 2025 liegen um ein vielfaches über dem deutschen Wert von 0,2%. Weist man in Chile auf diesen Sachverhalt hin, erntet man ungläubiges Staunen. Wie in vielen Ländern, leiden die Menschen unter Preissteigerungen. Dafür ist die Regierung Boric nicht verantwortlich, doch wird dieser Eindruck vermittelt. Die Zukunft unter einer kommunistischen Präsidentin wäre noch schlimmer. Da droht eine Verarmung wie in Venezuela oder Cuba. Bei solchen Argumenten traut sich niemand darauf hinzuweisen, dass es im größten von einer Kommunistischen Partei regierten Land ganz anders aussieht.

Ist das progressive Lager zusammengeschmolzen?

Als Ergebnis dieser Kampagnen läge das nahe. Vergleicht man die 55,9% von Boric mit den 41,3% von Jara, sieht es ganz danach aus. Das Regierungslager hat 14,6 Prozentpunkte eingebüßt. Die Prozentzahlen sind das eine, die realen Stimmzahlen aber das andere. Boric konnte 4.621.231 Menschen von sich überzeugen. Hinter Jara versammelte jetzt 5.221.415 Leute. Das sind 600.000 mehr als vor vier Jahren. Das zeigt, dass der linke Flügel der Gesellschaft trotz des gegnerischen Trommelfeuers zusammengehalten hat. Da inzwischen für alle Abstimmungen die Wahlpflicht gilt, konnte er sogar leicht wachsen.

Auch der historische Rückblick bestätigt, dass das linke Lager sein Wählerreservoir ausgeschöpft hat. Bei den letzten Parlamentswahlen vor dem Putsch im März 1973, damals lief die rechte Hetzkampagne unter dem Motto „Freiheit oder kommunistische Diktatur“, erzielte die Linke 43,4%. Das waren damals zwar 2,1 Prozentpunkte mehr als heute, man muss dabei aber die gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 50 Jahre berücksichtigen.

Der Neoliberalismus hat zu einer großen Vereinzelung geführt. Da erscheinen die 2,1 Prozentpunkte weniger als überraschend gering. In Stimmzahlen lassen sich die Ergebnisse nicht vergleichen, da sich die Einwohnerzahl seit damals mehr als verdoppelt hat.

Der Grund für diesen recht konstanten Einfluss des progressiven Lagers ist, auch wenn es heute für ganz andere Inhalte steht als 1973, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und diese wiederum in unterschiedliche Strömungen. Jede Strömung hat ihre speziellen Interessen. Sie verbündet sich mit denjenigen, mit denen ausreichend Übereinstimmung besteht. Daher kann man feststellen, dass bei dieser Wahl das progressive Lager im großen und ganzen das erreicht hat, was möglich ist. Eine Veränderung der Sozialstruktur der chilenischen Gesellschaft liegt nicht in seiner Hand.

Ist man sich der in diesem Text dargelegten Fakten bewusst, kann man über die linke Nachwahldiskussion in Chile nur den Kopf schütteln. Ein Beispiel ist das Interview mit Daniel Jadue, Mitglied des Zentralkomitees der KP, in der *jungen welt*. Dort führt er drei Gründe für die Niederlage an. Erstens: „Der Linken ist es nicht gelungen, ihre Wählerschichten zu vergrößern.“ Damit hat er recht, doch wie soll das möglich sein? „Der zweite Grund ist in der Regierung von Gabriel Boric zu finden. Ihr ist es nicht gelungen, die Wählerbasis von 2021 zu halten.“ Wie wir gesehen haben, ist diese Aussage falsch! Der dritte Grund soll im Rechtsschwenk von Jara zwischen den Vorwahlen und dem Wahlkampf gelegen haben. Doch dieser Vorwurf lässt sich nicht mit Zahlen untermauern. Eine linke Wahlverweigerung ist nicht erkennbar. Die ungültigen Stimmen liegen unter einer Million und hätten das Blatt auch nicht gewendet.

Trotz dieser etwas ausweglosen Situation, ein Bündnis mit der PDG unter der Führung Parisi ist schwer vorstellbar, muss man sich auch mit dem Verlauf der Bündnisverhandlungen im progressiven Lager beschäftigen. Das betrifft im wichtigen Bereich der Wahlkreise auch die Unfähigkeit zur Zusammenarbeit von Parteien dieses Lagers. Das wird Thema des zweiten Teils.

Emil Berger 01.03.2026

Furchtlos, widerständig und solidarisch

Rolf Becker, 29.3.1935 – 12.12.2025



Foto: Frank Schwichtenberg, CC-BY-SA-3.0

che Repression schlug zurück, als gesellschaftliche Kraft war die Studentenbewegung doch zu gering. In diese abflauende Welle und die beginnende Resignation platzten auf einmal die Septemberstreiks 1969, vor allem in den Stahlbetrieben. Der schlafende Riese, die Arbeiterklasse, war plötzlich erwacht und ließ für ein paar Wochen seine Muskeln spielen. Die abflauende Studentenbewegung reagierte, überall gründeten sich nun kommunistische Gruppen und Parteien (z.B. KPD/AO, KB, PL/PI), die vorgaben, im Namen der Arbeiterklasse zu sprechen und den Studenten so eine Perspektive zu geben.

Auch auf der Klöcknerhütte in Bremen wurde gestreikt. Rolf Becker muss zu den Streikenden Kontakt bekommen haben. Auf der Hütte gab es einen starken Einfluss der Gruppe Arbeiterpolitik. Diese hatte sich 1948 aus Überlebenden der Weimarer KPD-Opposition (KPO) gegründet. Die KPO hatte an der KPD-Politik die Unterordnung unter die Moskauer Zentrale kritisiert und gefordert, eine Politik zu betreiben, die den deutschen Verhältnissen angepasst war. Ihre führenden Köpfe waren die früheren Parteivorsitzenden Heinz Brandler und August Thalheimer. Die KPD-Opposition wurde nach 1928 aus der Partei ausgeschlossen. Auch nach dem Krieg waren die KPO-Leute gegen die Unterordnung unter die Besatzungspolitik, wie sie die KPD betrieb. Sie waren wesentlich daran beteiligt, dass 1950 der Widerstand gegen die Demontage des Stahlwerks Salzgitter durch die Briten erfolgreich war.

Rolf hatte nun eine politische Orientierung gefunden und wurde 1969 Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik. Als er 1971 am Schauspielhaus in Hamburg übernommen wurde, zog er nach Hamburg. Dort gab es eine relativ starke Ortsgruppe der Arbeiterpolitik und dort lernte er Josef Bergmann kennen.

Am 12. Dezember ist Rolf Becker nach längerer schwerer Krankheit in Hamburg gestorben, bis zuletzt ein beeindruckender Mensch.

Rolf lernte ich in der Gruppe Arbeiterpolitik kennen, als ich 1974 nach Hamburg kam. In der sogenannten „Endredaktion“ fiel er mir auf, dass er während der Sitzungen nebenher fast durchgehend las, unterstrich, redigierte. Ich erfuhr, dass er Schauspieler war, kannte ihn aber weder von der Bühne noch vom Film. Vielleicht war es gut so, dass ich ihn zuerst als politischen Menschen kennenlernte, denn so hatte er für mich keinen Prominentenheiligschein.

Was ich also aus der Zeit vor 1974 über ihn berichten kann, habe ich nicht selbst miterlebt.

In dem vor einigen Jahren ausgestrahlten Porträt des MDR „Der sanfte Rebell“ berichtet er davon, wie er 1969 am Bremer Theater, wo er Opernintendant war, die Revolution ausprobieren wollte. Er rief in einem Stück die totale Demokratie auf der Bühne und im Zuschauerraum aus, woraufhin er entlassen wurde. Es war die Zeit der Studentenbewegung, des Aufruhrs, die auch das Theater erfasste. Die Studentenbewegung stieß aber nach dem Jahr ihres Höhepunkts, 1968, an ihre Grenzen. Die staatli-

Josef Bergmann: „Pep“

Josef Bergmann, in der Gruppe Arbeiterpolitik als Pep bekannt, Jahrgang 1913, war ein KPO-Genosse, der in Schweden den 2. Weltkrieg überlebt hatte und nach dem Krieg wieder als Drucker in Hamburg arbeitete. Er hatte sich als Kollege und Betriebsrat einen kämpferischen Ruf erworben und war in seiner Gewerkschaft, der IG Druck und Papier, und darüber hinaus bekannt und anerkannt. In der Hamburger Gruppe Arbeiterpolitik war er eine Autorität. Sein Einfluss auf Rolf kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Rolf kniete sich förmlich in die Geschichte der KPO, die auch eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war, hinein und wurde ihr Archivar. Er lernte noch einige der Überlebenden kennen. Eine Frucht dieser Arbeit ist sein mit Claus Bremer herausgegebenes Buch über das KPO-Mitglied Paul Elflein: „Immer noch Kommunist?“ Überhaupt verband ihn sehr viel mit der Gewerkschaftsbewegung in Salzgitter, insbesondere der IG Metall, wo noch Reste der alten kämpferischen Tradition überlebt haben.

Bis zu dessen Tod 2005 blieb Pep für Rolf Bezugs- und Orientierungspunkt. Rolf hätte ja, da er immer erfolgreicher und bekannter wurde, seine „linken Flausen“ hinter sich lassen und sich seiner Karriere widmen können, wie es viele um ihn herum und aus der Studentenbewegung ja auch gemacht haben. Aber das Widerständige, das bei ihm am Theater erwacht war, bewahrte er und faszinierte ihn auch in der Geschichte und Gegenwart. Am Theater war er in der Gewerkschaft, trat später der IG Medien bei und war lange dort im Ortsvorstand aktiv, also etwas, das man nicht unbedingt mit einem erfolgreichen Schauspieler verbinden würde.

Widerständig

Dieses Widerständige war ihm nicht unbedingt in die Wiege gelegt. Sein Vater war Wehrmachtsoffizier und erzog ihn wohl entsprechend, was er später auch an seine Kinder weitergab, wie es Meret und Ben Becker öfter angedeutet haben. Aber er bekam als Kind auch den

Tod seines Vaters im Krieg mit, die letzten Kriegsjahre und die zerstörten Städte nach dem Krieg. Irgendwann muss in ihm die Überzeugung gewachsen sein: So etwas darf nie wieder passieren und so etwas wie der Faschismus, der diesen Krieg über Europa brachte, darf nicht mehr vorkommen! Vielleicht war er im Grunde noch mehr Pazifist und Antifaschist als Kommunist. Als Grundkonstante blieb bei ihm immer: Die Stoßrichtung des deutschen Imperialismus geht nach Osten, gegen Russland. Davon ließ er sich auch nicht beirren, als es nach 1990 lange nach einer friedlichen Entwicklung aussah. Dass er nach Beginn des Ukraine-Kriegs eine Lesung über die Blockade Lenins entwickelte und vortrug, ist alles andere als zufällig. Ich glaube, diese Richtschnur war maßgebend dafür, dass er selber nie einknickte und bereit war überall dort zu sein, wo Menschen sich zur Wehr setzten.

Furchtlos

Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, angefeuert von Deutschland, wütete schon ein paar Jahre, als 1999 die NATO gegen Restjugoslawien, also Serbien und Montenegro, einen Bombenkrieg begann. Die deutsche Regierung unterstützte diesen völkerrechtswidrigen Angriff und sogar der DGB rechtfertigte diesen Angriffskrieg. Es bildete sich u.a. auf Anregung von Pep, der immer sagte, man darf nicht nur reden, eine Initiative „Solidarität von unten gegen die Bomben von oben!“ aus GewerkschaftskollegInnen unterschiedlicher Städte, vor allem aus Hamburg und Salzgitter. Rolf war sofort mit dabei und fuhr mit der Initiative während des Krieges nach Serbien, wo sie unter anderem die KollegInnen des von der NATO zerstörten Automobilwerks in Kragujevac besuchten. Ein Jahr darauf gelang es der Initiative sogar, eine Drehbank aus Salzgitter nach Kragujevac zu transportieren.

Als 2002 der ehemalige serbische Präsident Milosevic vor dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt wurde, trat Rolf dem Komitee zur Verteidigung von Milosevic bei. Das wurde ihm natürlich übel angerechnet und er geriet

in die Diffamierungsschleudern der Medien. Rolf betonte dabei, dass es hier nicht um einen fairen Gerichtsprozess gehe, sondern um ein Siegertribunal, mit dem man nachträglich den Angriffskrieg rechtfertigen wolle. Wenn es darum gehen würde, tatsächlich Verbrechen aufzuarbeiten, dann müssten auch kroatische, bosnische – und deutsche – Verantwortliche vor das Gericht gezogen werden.

Und, siehe da, auf einmal gab ihm der NDR keine Aufträge mehr, dabei war er einer der beliebtesten Synchron- und Hintergrundsprecher gewesen. Auch für das Schauspielhaus war er plötzlich gestorben. Nur noch der MDR bot ihm einen Job in der Arztserie „In aller Freundschaft“.

Auch keine Freunde unter den Herrschenden machte sich Rolf, als er ab 2003 zum Betreuer des RAF-Gefangenen Christian Klar wurde. Der war zu lebenslanger Haft verurteilt worden, hätte aber nach der gesetzlichen Frist entlassen werden müssen, was ihm verwehrt wurde. Für Rolf war Christian jemand, dessen politische Ansichten er nicht teilte, aber dessen gemeinsamen Gegner erkannte, der Christian im Gefängnis verrecken lassen wollte.

Griechenland

2012 gründete sich eine gewerkschaftliche Initiative „Griechenland-Solireisegruppe ‚Gegen Spardiktate und Nationalismus!‘“. Wieder war Rolf von Anfang an und solange er konnte dabei. Wie bei Jugoslawien verband ihn mit Griechenland auch die Geschichte der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg und die Verbrechen der deutschen Wehrmacht an der Zivilbevölkerung. Griechenland wurde ja seit 2010 seitens Deutschlands und der EU einem rigorosen Sparzwang unterworfen, was große Teile der Bevölkerung schockartig in die Armut und Entrechtung stürzte. Die Reisegruppe, der auch ich bis heute angehöre, setzte sich zum Ziel, Kontakt zu Gruppen, Gewerkschaften, Initiativen aufzunehmen um von ihnen zu erfahren und womöglich zu helfen. Wir hatten ein Spendenkonto eröffnet, das vor allem deshalb gefüllt wurde, weil Rolf seine gesamten Emailkontakte ange-

schrieben und um Spenden gebeten hatte. Auch das stolze Ergebnis der Sammlung anlässlich seines 80. Geburtstags im Schauspielhaus spendete er vollständig dem Arbeitslosenzentrum in Perama. Was Rolf gut konnte, war auch auf der Reise wichtig: Bei wichtigen Anlässen fand er immer die passenden Worte (zusammengestellt lesbar unter arbeiterpolitik.de/wp-content/uploads/2025/12/Internet-Gedenken-Rolf.pdf).

natürlich viele im Dorf kannten. Damit war das Eis gebrochen und wir wurden zum Essen eingeladen.

Schauspieler

Dazu lässt sich das meiste in Wikipedia nachlesen. Rolf hatte die Natur zwei Geschenke mitgegeben: eine tiefe, weiche, sonore Stimme und sein Aussehen: groß, blond, blaue Augen. Besonders das Letzte-

Solidarität

Je älter Rolf wurde, desto angesehener wurde er unter Linken. Er war bereit überall, wo es möglich war, mit seiner kraftvollen Stimme aus seinem riesigen literarischen Fundus passende Texte zu rezitieren, um die jeweilige Situation auf den Punkt zu bringen und die Anwesenden mitzureißen. Noch kurz vor seinem Tod trat er auf dem Ham-



Rolf bei der ersten Solidaritätsreise im September 2012, Gedenkstunde in Kesariani

Im Jahre 2019 fuhr ich mit Rolf in Nordgriechenland im Rahmen unserer Solireise in das Dorf Lyngiades, das 1943 von der Wehrmacht niedergebrannt worden war und dessen Bewohner ermordet worden waren. Es war der Vorabend des Gedenktags an dieses Verbrechen. Auf dem Dorfplatz hatten sich schon viele versammelt, Bänke und Tische waren aufgestellt, Souvlaki wurde gegrillt. Da kam ich nun mit Rolf dazu und, kein Wunder, wir wurden sehr misstrauisch beäugt, nach dem Motto: Was will denn dieser blonde Deutsche hier? Rolf muss das geahnt haben, denn er hatte sich vorbereitet. Er hatte das Buch „*Feuerrauch. Die Vernichtung des griechischen Dorfes Lyngiades am 3. Oktober 1943*“ (Christoph Schminck-Gustavus) dabei, das

re prädestinierte ihn eigentlich für Rollen des typischen Deutschen, sowohl im positiven wie im negativen Sinne. Eine seiner besten Filmrollen spielte er deshalb als unangenehmer Staatsanwalt in „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“. Die Rolle des Teufels in dem Volksstück „Der Hamburger Jedermann“ in der Speicherstadt spielte er so gut, dass ihm das (eher kulturferne) Publikum noch am Ende der Vorstellung böse war. Am besten erkannte vielleicht der uruguayische Regisseur Álvaro Brechner dieses Doppelbödige in Rolf. In dem Film spielt Rolf einen deutschen Ladenbesitzer in Uruguay, den ein älterer Jude aufgrund seines Aussehens für einen Nazi hält. Tatsächlich kommt dieser im Film aber selbst aus dem Widerstand.

burger Rathausmarkt während der Kundgebung gegen das Manöver „Red Storm Bravo“ auf und las Wolfgang Borcherts Gedicht „Sag Nein!“ Er sah sich zwar in der Tradition der KPO, aber diese und auch die Gruppe Arbeiterpolitik betrachteten und betrachten sich nach wie vor als Teil der kommunistischen Partei, also als Teil derjenigen, die einen Ausweg aus der kapitalistischen Eigentumsordnung suchen. So war er auch für viele anschlussfähig: DKP, *Junge Welt*, Gewerkschaften, Friedensinitiativen usw. Es wurde ihm immer wichtiger, zusammenzuführen, Gräben zu überbrücken. Also Solidarität zu leben.

Manfred Klingele

Das doppelte Gesicht eines Begriffs

Antisemitismus, reale Gefahr und staatliche Projektion

Vorbemerkung

An der Untersuchung des Autors hat den Rezensenten vor allem der gegenwärtige Missbrauch des Antisemitismus-Begriffs gegen politisch links Stehende interessiert, deren Haltung zu den Verbrechen in den besetzten Gebieten und Gaza nicht mit der Position der Bundesregierung übereinstimmt. Damit ist nicht gesagt, dass es unter politisch links verorteten Menschen keinen Antisemitismus geben kann. Die gesellschaftlichen Prägungen sind durch die bewusste politische Einordnung nicht aufgehoben, dies sollte man sich vor Augen führen. Aber wo sonst, wenn nicht auf der Linken, besteht die Möglichkeit, sich selbst, mit dem eigenen politischen Rüstzeug versehen, rational zu hinterfragen?

Unser Autor und Diskussionspartner Georg Auernheimer hat im Sommer 2025 seine Untersuchung zum Thema Antisemitismus veröffentlicht. Der Verlag PapyRossa bietet u.a. Autorinnen und Autoren Raum und Gelegenheit, in einer überschaubaren Länge einen zeitpolitisch relevanten Begriff aus linker, aus marxistischer Perspektive zu erläutern und einzuordnen. Dies kann manche Diskussion bereichern und manches Wissen ergänzen. So scheint auch diese Schrift ursprünglich angelegt worden zu sein.

Die Binnengliederung des Textes führt von der Definitionsproblematik über die zahlreichen Erklärungsmuster für den Antisemitismus zum historischen Ansatz, der vor allem für Europa und deshalb für Deutschland entscheidend ist. Mit diesen Extrakten der Antisemitismusforschung vertraut gemacht, nähert sich der Autor dem Zentralthema des Buches, der diesbezüglichen Politik der Bundesrepublik. Dabei spielt, ob man will oder nicht, der Holo-

caust die bestimmende Rolle. Also, eine durchaus wissenschaftlich zu verstehende Herangehensweise, die aus Platzgründen darauf ausgerichtet ist, knappe und präzise Ergebnisse in den Mittelpunkt zu stellen, weniger deren Entwicklung zu beleuchten; das bedeutet, dass die Leserschaft gut beraten ist, Vorwissen mitzubringen, um größere Erkenntnisgewinne daraus zu ziehen.

Ein grundlegendes Konfliktfeld der Antisemitismusforschung liegt in der Definition des Begriffes und im Besonderen darin, welche Folgen für das Handeln des Staates sich daran knüpfen.

Auernheimer arbeitet mit der „Arbeitsdefinition“ der Internationalen Allianz zum Holocaust-Gedenken (engl. IHRA, S.12f.), der die Definition der Jerusalemer Erklärung (S.15) gegenübergestellt wird. In der Wirkmächtigkeit unterscheiden sich beide Ansätze genauso wie in ihrem Bedeutungsgehalt. Die Jerusalemer Erklärung wurde 2021 als Reaktion auf die Festlegung der IHRA von mehreren hundert (Privat-) Personen mit wissenschaftlichem Hintergrund beschlossen. Ihr Ansatz, Antisemitismus als „Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische)“ zu verstehen, bezieht sich auf den Kern der Judenfeindschaft und weist den Bekenntnischarakter der IHRA-Definition zurück.

Hinter der Internationalen Allianz stehen 35 Mitgliedstaaten, die Delegierte mit politischem Auftrag entsenden. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass von ihr Kritik am Staat Israel, der „als jüdisches Kollektiv verstanden wird“ (S.13), weitgehend antisemitisch gedeutet wird. Damit sind die Tore geöffnet, Kritik an der Politik des Staates als Antisemitismus zu werten. Und diese Wertung hat, gerade auch in Deutschland, schwerwiegende Konsequenzen für

das Versammlungs- und Demonstrationsrecht, für die Freiheit von Lehre und Wissenschaft, sie fördert Verdrehungen und Verfälschungen jeglicher Art zu Gunsten einer rechtsradikalen Politik in Israel.

Das, was unbedingt nötig wäre, eine Diskussionshaltung zu fördern, die auf objektivierbare Erkenntnisse ausgerichtet ist und bestehenden Antisemitismus richtig, d.h. weder plakativ noch als politisches Totschlagargument, erkennen und kritisieren kann, wird verhindert. Stattdessen gilt diese äußerst fragwürdige Festlegung mit parlamentarischem Mehrheitsbeschluss als die „richtige“, an der das staatliche Handeln ausgerichtet wird. Basta.

Nebenbei bemerkt, sind damit zahlreiche politische Probleme, die unlösbar mit dem Vorgehen des Staates Israel und seinem Militär im Gazastreifen verknüpft sind, in der Welt und behindern ein mögliches Nebeneinanderexistieren der beiden Völker nicht nur auf regionaler, sondern auf globaler Ebene. Die scheinbare Eindeutigkeit erzeugt neue Verwerfungen.

Diese letzten Folgerungen stammen vom Rezensenten; Auernheimer geht etwas anders vor. Sein Ansatz besteht darin, den Antisemitismus, der in mehreren Tiefenschichten die europäische Ideologieggeschichte prägt, nach unterschiedlichen Gesichtspunkten auszuleuchten. Im dritten Kapitel nimmt er Erkenntnisse der Vorurteilsforschung auf. Den weitgehend gesicherten Zusammenhang von antisemitischer Einstellung und dem Wunsch nach autoritären Staatsstrukturen, nach starken Führungspersonen stellt er ebenso dar, wie er den Kapitalismus als Nährboden sozialdarwinistischer Vorstellungen auf persönlicher und gesellschaftlicher Ebene thematisiert.

Das ist sicherlich bedenkenswert und kann der Leserschaft so manche Anregung vermitteln, die Tiefe

des Problems besser zu erkennen. Schließlich war der Antisemitismus über viele Jahrhunderte prägend, was das christliche Fundament der europäischen Gesellschaftsformationen betrifft. Ohne Judenhass keine Überformung der europäischen Feudalgesellschaften, kein Wandel zur bürgerlichen Gesellschaft. Wenn man sich das hiesige Loblied auf die „uns“ prägende christlich-jüdische Kultur vor Augen führt, mit dem die Festreden zur „christlich-jüdischen Zusammenarbeit“ zugetextet werden, kann man sich ob dieser Geschichtsfälschung nur mit Schauern abwenden. Diese behauptete verträgliche Vermischung gab es nicht, das Verhältnis war vor allem davon geprägt, dass jüdische Interessen und Vorstellungen abgelehnt, eher noch verfolgt, ausgeschlossen, vertrieben und schließlich vernichtet wurden.

Deshalb erläutert Auernheimer in einem weiteren Kapitel die historischen Zusammenhänge vom religiös-christlichen Antijudaismus bis zum rassistisch motivierten Antisemitismus. Dies ist für sich genommen wenig Neues, es sensibilisiert aber aufs Neue dafür, wie tief eingewurzelt, weil religiös-gesellschaftlich vermittelt, der Antisemitismus war. Da ist es nicht damit getan, ein paar Versöhnungswochen abzuhalten oder jüdische Relikte der Vergangenheit zu restaurieren, um dabei „aus der Geschichte zu lernen“.

Die Bundesrepublik und die Last des Holocaust

So betitelt der Autor das wichtigste, weil für die gegenwärtige Auseinandersetzung aktuelle Kapitel. Zu Recht stellt er die westdeutsche Israel-Politik in den unmittelbaren Zusammenhang mit der Westintegration. Sämtliche Vereinbarungen mit dem Staat Israel oder der Jewish Claims Conference, ergänzt mit dem Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, sind der „Wiederaufnahme in die ‚freie Welt‘“ (S.69) untergeordnet. Den Eintrittspreis nahm die Adenauer-Regierung gerne in Kauf, zumal die Zahlenden auch bestimmten, wer in den Genuss der Zahlungen kommt. Das galt für den Staat Israel und seine strategischen Überlegungen ebenso wie für die jüdische Community vor

allem in Nordamerika, mit großen Abstrichen für Jüdinnen und Juden in Westdeutschland, die für ihre Entschädigungsansprüche auf die Begutachtung durch hiesige „Vertrauensärzte“ angewiesen waren und nicht selten abgewiesen wurden.

Andere Opfer der NS-Verfolgung, ob im Inland oder in den osteuropäischen Ländern ansässig, bezog die gesetzliche Regelung von 1956 nicht mit ein. Die Mehrheit aller Opfer ebenfalls zu „entschädigen“, lag nicht im Interesse der westdeutschen Regierung. Es war weder politisch opportun noch allein von ihrer schieren Größe her in diesem Nachkriegsdeutschland vermittelbar. Denn selbst die im Verhältnis zur rasch wachsenden Wirtschaftskraft stehenden geringen staatlichen Leistungen lösten genügend Misstrauen und Neid aus. Wahlen werden mit diesem Thema nicht gewonnen. Bezeichnend ist ein Satz Adenauers im Bundestag aus dem Jahr 1951: *„Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt.“* (S.70)

Sechs Jahre nach dem Untergang des Deutschen Reiches ausgesprochen, wirft er einen demaskierenden Blick auf die Nachkriegsgesellschaft. Jüdische Menschen in Deutschland, die man gerne anhand der Religionszugehörigkeit identifizierte, waren selbst für eine Minderheit zu wenige. Ein paar zehntausend Zugehörige umfassten die Gemeinden. Man wäre ausgestorben, hätte die Wenderegierung in den 1990er Jahren nicht die Kategorie der Kontingentflüchtlinge eingeführt, die die Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus der zusammengebrochenen UdSSR nach dem vereinigten Deutschland ermöglichte. In den Gemeinden wurde jetzt russisch gesprochen, von Religion war weniger die Rede als von humanitären und sozialen Bedürfnissen.

Auernheimer weist mit vollem Recht auf die Gegensätzlichkeit in der öffentlichen Wahrnehmung hin (S.72): der Staat Israel, der sich in einer arabischen Umgebung machtvoll militärisch behauptet, der als Teil der westlichen Wertewelt gesehen wird einerseits, andererseits die eigene jüdische Minderheit, der man im Alltag zumindest reserviert, wenn nicht ablehnend gegenübertritt.

Die Durchsetzung öffentlicher Ämter und Aufgaben mit NS-belastetem Personal schwand im Laufe der Jahrzehnte ebenso wie die Zahl der früheren Nationalsozialisten und Landser in den deutschen Haushalten und eröffnete partiell eine erweiterte Sicht auf Verbrechen und Verantwortung. Allmählich, d.h. gebunden an die rasch geringer werdende Anzahl der Entschädigungsleistungs-BezieherInnen, wurden weitere Opfergruppen eingebunden. Der Staat und seine wechselnden Regierungen „bewältigte“ seine und seiner Bevölkerung Vergangenheit. Die VertreterInnen der jüdischen Gemeinden wurden bei jeder Gelegenheit hofiert, zumal die Anwesenheit jüdischer Menschen in Deutschland als Ausweis der demokratischen Reife im Lande gewertet wurde. Und Gelegenheiten wurden viele geschaffen, den „Dialog“ der Kulturen und Religionen zu führen. Gedenkwochen, Lesungen, Feiern und immer wieder Einweihungen jüdischer Gedenk-, Bet- und anderer Stätten, die der „Wiedergutmachung“ (früher) und „Ausöhnung“ (modern) galten.

Dass die jüdische Mini-Minderheit, zumindest ihre Führungskräfte, mit einer Aufmerksamkeit überschüttet wurde, die ihresgleichen sucht, hat wenig mit ihrer Positionierung in Deutschland zu tun. Die Leitungen geben sich konservativ-liberal, kritisieren ausschließlich in jüdischen Fragen und sind bei allgemeinen gesellschaftlichen Belangen nicht existent. Ihre Rolle als „Mahner“ ist staatlich sehr erwünscht.

Auernheimer ordnet der Zeit ab 1991, der Auflösung der Sowjetunion, bis zum Gaza-Krieg 2023 eine neue weltpolitische Prämisse zu: die Unipolarität, die nur mehr eine Weltmacht, die USA, kennt. Alle Entwicklungen in Israel und um Israel herum sind letztlich den US-Interessen untergeordnet. Ihre beständige politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt militärische Präsenz, die von keiner neuen US-Regierung angetastet wird, belegt dies.

Das mangelnde Interesse in Deutschland an einer gründlichen Befassung mit der Nahostregion führt laut Auernheimer zu einer immer stärker verzerrten Wahrnehmung der tatsächlichen Ereignisse. So wurde das Osloer Abkommen, mit allen sei-

nen Geburtsfehlern, als „Meilensteine im Nahost-Friedensprozess gefeiert.(...) Aber der Friedensprozess war und ist für die deutschen Leitmedien nichts Reales, sondern ein Ideal, ein geisterhaftes Subjekt ...“ (S.83) Das Scheitern von Verhandlungen ging einher mit einer Verschärfung der Auseinandersetzung und einer wachsenden Unerbittlichkeit. Die Hamas übernahm die Führung in dieser Konfrontation auf palästinensischer Seite, die israelischen Regierungen rückten beständig nach rechts, religiöse Parteien und Siedler bestimmten die Richtung.

Mehrere Anschlagswellen und die militärischen Schläge der israelischen Armee kosteten neben den massiven Zerstörungen vor allem etwa 4.000 Menschenleben. Entscheidend bei der Beurteilung der Lage war in Deutschland nicht mehr die Wahrnehmung einer tödlichen, unumkehrbaren Zuspitzung, sondern das rückhaltlose Bekenntnis zum Staat Israel mit allen seinen Handlungen. Der Militärexport florierte, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet durfte nicht mehr hinterfragt werden, ohne als antisemitisch zu gelten.

Auernheimer trägt aus den 2010er und beginnenden 2020er Jahren zahlreiche Beispiele zusammen für diese Entgrenzung der Kritikverweigerung Israel gegenüber. Veranstaltungen im öffentlichen Raum unter Mitwirkung mehr oder weniger exponierter KritikerInnen unterliegen zahlreichen Verboten oder werden bis zur Unkenntlichkeit zensiert.

Kanzlerin Merkel erklärte 2008 vor der Knesset Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson. Über diesen Akt wie über die Qualität dieser wabernden Begrifflichkeit lässt sich wahrlich streiten. Nicht streiten lässt sich darüber, dass dieser Begriff von politischer Seite benutzt wird, die Repression gegen die ins Kreuzfeuer geratenen Personen oder Gruppen zu steigern und Protest dagegen im Keim zu ersticken.

Die „Staatsräson“ ist in dieser Weise der Schlüsselbegriff geworden, der die Wucht des Antisemitismus-Vorwurfs erklären kann. Der Autor fasst dies so zusammen: „Antisemitismus, früher ein Kampfbegriff gegen die Diskriminierung und Entrechtung von Juden, einer schwachen, bedrängten Minderheit, ist zu einem Schild zur Abwehr von Kritik an Israels Politik geworden,

eines hoch gerüsteten und über Atomwaffen verfügenden Staates, der ein Volk unterdrückt und entrechtet.“ (S.96f.)

Auernheimers Thema ist nicht der Krieg gegen Gaza und seine Bevölkerung, er hält seine Beurteilung sehr knapp. Eindringlicher ist sein Verweis auf die staatliche wie staatsnahe, die mediale und von einer Bevölkerungsmehrheit getragene Rezeption des Krieges in Deutschland. Damit weist man jeden antisemitischen Verdacht weit von sich, der gesellschaftlichen Ausschluss bedeuten kann. Gleichzeitig versperrt man sich aber jeden unvoreingenommenen Blick auf die palästinensische Seite.

Die Toten dieses Krieges, deren Zahl in den sechsstelligen Bereich rückt, mögen für die Durchschnittsdeutschen trotzdem unangenehm sein; das Recht, sich „zur Wehr zu setzen“, beginnt im Angesicht der horrenden zivilen Opferzahlen schal zu klingen. Der deutsche Staat hilft jedenfalls nach Kräften, diese bittere Wahrheit zu verdrängen und wegzusehen.

Fazit: Auernheimers Darstellung besticht dadurch, dass sie in gebotener Knappheit eine Reihe von Blickwinkeln auf das Thema bietet, die das eigene Wissen ergänzen und vertiefen. Der Autor hat seine wohlbegründete Meinung, er stellt sie aber nicht in den Vordergrund. Das Buch soll, anders als die hiesige Politik es tut, Fakten beibringen, keine Bekenntnisse. Weil es das erfüllt, ist es uneingeschränkt zu empfehlen.

Die Seitenzahlen der Zitate sind durchgehend dem Buch entnommen.

Georg Auernheimer: *Zweierlei Antisemitismus. Staatsräson vor universellen Menschenrechten?* Köln 2025 (142 S., 14.90 €)

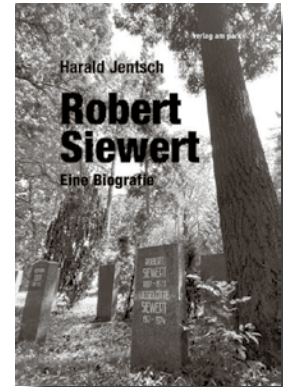


Anzeige

Harald Jentsch:

Robert Siewert

Eine Biographie



Verlag am Park
in der Edition Ost
396 S., broschiert, 25,- €
ISBN 978-3-89793-371-2

Anzeige

August Thalheimer:

1923

eine verpaßte Revolution?

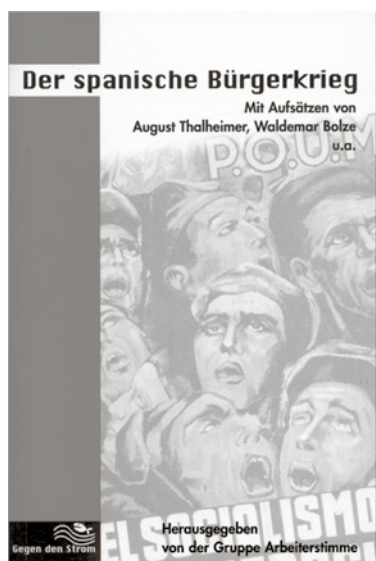
Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923



Nachdruck, 44 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung, 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur, 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org